Nr. 48 — 164. Jahrgang

Lippische Landes-Zeitung

Detmold, Mittwoch, 26. Februar 1930

Ältestes und verbreitetstes Blatt des Landes und der angrenzenden Bezirke

Die Lippische Landeszeitung mit den unentgeltlichen Beilagen „Die Frau im Heim und Beruf", „Gut Braun", „Deutsches Lied" „Vaterländische Blätter", „Kinder-Zeitung", „Der Handwerksmeister" u. „Der Landwirt" erscheint täglich morgens außer Monts. 8. Monatl. Bezugspreis 2,20 ℳ, im Postbezug 2,20 ℳ zuzügl. Bestellgeld. Im Falle höherer Gewalt bei Streik Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Herausg. u. Verleger: Hofrat Staercke. Verantwortl. Redakteur: Erich Meinhard; für die Anzeigen: Wilhelm Brand. — Druck der Meyerschen Hofbuchdruckerei, sämtlich in Detmold. — Geschäftsstelle in Detmold, Paulinenstraße 14. — Fernsprech-Sammelnummer 2441.

Anzeigenpreis: 15 G.-Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12 G.-Pf., amtliche Anzeigen 25 G.-Pf. die Millimeterzeile oder deren Raum: Reklamen 50 G.-Pf. Schwieriger Satz mit 50% Aufschlag. Beilagengebühr: 1000 Stück 15 G.-M. bei Teilauflage höher. Platzvorschriften mit erhöhtem Zeilenpreis. Bei Wiederholungen und Abschlüssen Rabatt nach Tarif. Zahlungspflicht 8 Tage nach Rechnungserteilung. Anzeigenrabatt gilt als Kassenrabatt und kommt in Wegfall bei Überschreitung der Zahlungsfrist, bei zwangsweiser Eintreibung durch Klage und außergerichtl. Vergleichen. Postscheckkonto: Hannover Nr. 7646. Telegramm-Adresse: Landeszeitung Detmold. Druckereigebäude in Detmold Leopoldstr. 12. Fernspr. Nr. 2441. — Vertretungen in allen Orten des Lipperlandes.

Nikolaus von Horthy

Ein Porträt des ungarischen Reichsverwesers

Am 1. März jährt sich zum 10. Male der Tag, an dem Nikolaus Horthy von Nagybanya zum Reichsverweser gewählt wurde.

Aus einem Portal im Südflügel der Königlichen Burg in Ofen tritt ein mittelgroßer Mann von zierlicher Gestalt, mit energischen Gesichtszügen, die Gesichtsfarbe etwas bleich, der Mund eng zusammengepreßt, eine scharfe Falte auf der Stirn. Der Mann ist in Zivil, aber das Zivil wirkt hier fremd, fast wie ein Kostüm, das nicht zu dem Menschen paßt, der es trägt. Der Mann, der eiligen Schrittes zum Auto geht, ist ein Soldat, man sieht es an seinen knappen, kurzen Bewegungen, an dem flüchtigen Griff der schmalen Hand an den Hut, man hört es aus dem Klang der Stimme, die leise, aber doch scharf, präzis den Chauffeur zur Eile antreibt, man errät aus kleinen Einzelheiten, die im Augenblick vielleicht gar nicht ins Bewußtsein treten, die aber doch eine Feststellung erlauben, die nicht trügen kann.

Der Mann, den wir flüchtig vorübergehen sahen, heißt Nikolaus Horthy von Nagybanya, er ist Ungarns Reichsverweser, seit zehn Jahren der politisch leitende Kopf des Staates, die repräsentative Spitze der Nation, fast ein Begriff des neuen Ungarns, des neuen Geistes, der einen durch Krieg, Inflation und Revolutionswirren zusammengebauenen Volkskörper wieder neue Lebenskraft, neue Zukunftsmöglichkeiten und einen neuen Aufbau geben will. Der Name Horthys ist auch im Auslande sehr oft zum Anlaß von Erörterungen gemacht worden, die vielfach das Wesen des neuen ungarischen Staates und seines Führers in einem falschen Licht erscheinen lassen. Man sieht oder sah in diesem Horthy einen Nationalisten schärfster Prägung, die Natur eines Diktators und Willensmenschen, den Geist des alten Militärs, der nur zu kommandieren versteht und das Institut des Staates und der Nation zur Kaserne umwandelt, dem einzelnen Bürger einen Kadavergehorsam aufzwingt, der mit einem Liberalismus des Denkens nichts mehr zu tun hat.

So zeichnet sich in vielen Köpfen die Persönlichkeit Horthys ab, falsch ab, denn die Zeichnung wird von dem Farbstift einer Voreingenommenheit zusammengekünt, von falschen Folgerungen, die sich aus falschen Erkenntnissen zusammensetzen und die recht wenig zu dem Bilde passen, das Nikolaus Horthy heißt, in Wirklichkeit aber das Jahrzehnt der jüngsten ungarischen Geschichte. Geschichte und Mann fügen sich zusammen zur Einheit. Sie prägte ihn, er prägte sie. Man darf weder das eine noch das andere außer Acht lassen, wenn man das Fundament der Tatsachen finden will.

Es gibt hier gewisse Parallelen: ein Soldat wie Hindenburg es war, wurde Reichspräsident und damit Staatsmann von ganz großem Format — ein Soldat, wie Horthy, wurde Reichsverweser, wurde in die Bahnen einer gleichen Entwicklung geleitet. Ungarn ist auf Grund des verlorenen Krieges eine kleine Nation geworden. So müssen auch die Entwicklungsstadien dieser kleinen Nation, ihre politischen Entscheidungen und Schicksale im Blickfeld der großen weltpolitischen Oeffentlichkeit geringfügig und nicht weiter aufregend sein. Und doch gab es auch hier Augenblicke, wo die Welt den Atem anhielt und sich auf die Dinge konzentrierte, die sich in dem kleinen abgelegenen Ungarn abspielten. Ein solcher Augenblick wurde Erlebnis, als der geächtete König Karl im Jahre 1921 plötzlich in Ungarn erschien, seine Rechte geltend machte und von Horthy, dem Verweser des Reiches, die Uebergabe der Staatsgewalt verlangte, wo der König vor seinem Offizier stand und der Ehrenkodex des Offiziers mit dem Pflichtbewußtsein und den Erkenntnissen des Staatsmannes in Konflikt gerieten.

Damals entschied sich der Mensch Horthy zu seiner Mission, die ihm die Mehrheit eines Volkes übertragen hatte. Der König verlangte die Krise, das heißt die Empörung gegen den Willen der Entente, den Ausbruch der Nation auf einem Weg, der von Gefahren umgrenzt war und dessen Ausgang in der Katastrophe endigen mußte. Visionär erschien Horthy in diesem Augenblick die Schicksalsstunde der Nation, der Anprall der romantischen ungarischen Königsidee mit der harten Wirklichkeit und dem kategorischen Imperativ einer Gehorsamsverweigerung für ihn, den alten Offizier, seinem König gegenüber. Der Staatsmann Horthy siegte über den Soldaten Horthy. Das Abenteuer des unglückseligen Königs scheiterte, der Staat wurde gerettet.

Kein Mensch wird vielleicht ermessen können, was in diesen Stunden der Entscheidung in dem Herzen Horthys vorging. Man sieht nur die Wirkung der Stunde. Und die Wirkung war die Rettung des Landes.

In eiserner Pflichterfüllung, ohne viel Aufhebens, war das Jahrzehnt der Amtstätigkeit der Reichsverwesers angefüllt mit der steten Arbeit der Aufrichtung eines niedergestürzten Gebäudes. Stein um Stein wurde zusammengetragen und auf den fortgeräumten Schutimassen der alten, zusammengestürzten Herrlichkeit ein neues Fundament gelegt, das dem Ungarn von heute einen festen und vermutlich auch dauerhaften Halt gibt. Das Werk ist noch nicht vollendet, somit ist auch noch nicht die Mission Horthys zur Erfüllung gereift. Man wird ihm an seinem Jubiläumstag die Ovationen geben, die ihm gebühren, aber sie bleiben alle Forderungen nach Vollendung, nach dem Weitermarsch auf dem Wege Ungarns, den ein Horthys ebnet und der zurückgelegt werden muß, wenn das große Ziel des endgültigen Wiederaufbaues Wirklichkeit werden soll.

Polnische Wirtschaftsnot

Daß es mit der wirtschaftlichen Stärke, die Polen auch in den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland zur Schau trägt, nicht weit her ist, geht aus Berichten hervor, die gerade jetzt in einem Teil der polnischen Presse erscheinen, und die von der wahren Wirtschaftslage des Landes ein sehr trübes Bild geben. Die Arbeitslosenziffer ist auf 270 000 gestiegen, die Landwirtschaft befindet sich angesichts eines Preissturzes ihrer Erzeugnisse und der dadurch bedingten verminderten Kaufkraft in einer schweren Notlage, und auf industriellem Gebiet sieht es noch schlechter. Der größere Teil der Textilindustrie liegt still, die Zuckerproduktion leidet so sehr unter der schlechten Konjunktur, daß der Rübenanbau eingeschränkt werden soll, und auch der Versuch, durch staatliche industrielle Unternehmungen belebend zu wirken, erweist sich als ein Fehlschlag.

Das Kabinett Chautemps gestürzt

Schon am Tage der Regierungserklärung in der Kammer zu Fall gebracht

wtb. **Paris**, 25. Febr. Die Kammer hat die von der Regierung unter Stellung der Vertrauensfrage beantragte Priorität für die Tagesordnung Antérion mit 292 gegen 277 Stimmen abgelehnt. Das Kabinett Chautemps ist daraufhin zurückgetreten.

Die Auszählung des Ergebnisses der Abstimmung in der Kammer hat eine volle Stunde gedauert, während der die Abgeordneten warteten. Anscheinend hat es Unstimmigkeiten bei der Nachprüfung des Ergebnisses gegeben. Die Abgeordneten wurden bereits ungeduldig, da weder der Kammerpräsident noch der Ministerpräsident erschienen, und begannen ein Pultdeckelkonzert. Endlich erschien Ministerpräsident Chautemps und unmittelbar darauf der Kammerpräsident.

Die linke Seite des Hauses brach in diesem Augenblick in eine stürmische Ovation aus. Nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses verließen die Kabinettsmitglieder den Sitzungssaal, worüber die Rechtsparteien in lärmenden Beifall ausbrachen, während sich die gesamte Linke des Hauses erhob und eine Gegenkundgebung veranstaltete, bis endlich der Saal sich langsam leerte.

Ministerpräsident Chautemps und sämtliche Minister begaben sich ins Elysé und überbrachten dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts. Der Präsident der Republik, Doumergue, hat die Demission des Kabinetts Chautemps angenommen und die zurückgetretenen Minister mit der Führung der laufenden Angelegenheiten betraut.

*

In der der entscheidenden Abstimmung vorausgegangenen Kammersitzung hatte Chautemps das Programm seiner Regierung bekanntgegeben. Nach der Aussprache wurde über die von der Regierung angenommene Tagesordnung abgestimmt, wobei die Regierung in der Minderheit blieb.

Konflikt im Reichstag

Die Aussprache über die Mieterschutz-Gesetze – Zusammenstoß zwischen dem Reichsjustizminister und dem Vertreter der Wirtschaftspartei – Unstimmigkeiten unter den Regierungsparteien

vdz. **Berlin**, 25. Febr. Im Reichstag wurde am Dienstag die 1. Beratung der zur Mieterschutzgesetzgebung vorliegenden Gesetzentwürfe und Anträge damit abgeschlossen, daß Vorlagen und Anträge dem Wohnungsausschuß überwiesen wurden.

In der Aussprache war von den Rednern aller Parteien, mit Ausnahme der Wirtschaftspartei, die Auffassung vertreten worden, daß ein Abbau der Wohnungszwangswirtschaft erst möglich sei, wenn der jetzt noch nicht bestehende Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt erreicht sei. Die Redner verschiedener Parteien kündigten an, daß sie im Ausschuß versuchen würden, die bestehenden Gesetze nicht bloß zu verlängern, sondern auch auf der Grundlage der bisher gesammelten Erfahrungen zu verbessern.

Im Laufe der Debatte kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Reichsjustizminister v. Guérard und dem Redner der Wirtschaftspartei, Dr. Jörissen. In Erwiderung auf Angriffe, die Dr. Jörissen am Montag in seiner Rede vorgebracht hatte, bezeichnete Minister v. Guérard heute die Ausführungen des wirtschaftsparteilichen Vertreters als Demagogie.

Der Vertreter der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft forderte stärkere Berücksichtigung des flachen Landes beim Mieterschutz- und Siedlungswesen.

Nach kurzer Aussprache wurde dann das Gesetz über Bergmannssiedlungen in zweiter und dritter Beratung endgültig angenommen. Am Mittwoch, 3 Uhr, soll die Reichshaushaltsordnung zur zweiten Beratung kommen. Vizepräsident Esser hatte vorgeschlagen, daß auch die 2. Beratung des Republikschutzgesetzes auf die Tagesordnung gesetzt werde. Dem wurde aber nicht nur von den Oppositionsparteien, sondern auch von dem Vertreter der Sozialdemokraten widersprochen. Dieser kleine Konflikt zwischen den Regierungsparteien wurde von der Opposition mit Heiterkeit aufgenommen; man deutete in Zurufen darauf hin, daß im Lager der Regierungsparteien auch größere Konflikte über Arbeitsplan und Arbeitstempo bestehen.

Am Mittwoch nachmittag will der Aeltestenrat wenigstens für die nächste Zeit eine Beilegung dieses Konfliktes versuchen.

Polenabkommen und Younggesetze

vdz. **Berlin**, 25. Febr. **Die Vereinigten Ausschüsse des Reichstags für die Beratung des Youngplanes beschäftigten sich am Dienstag weiter in vertraulicher Sitzung mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, hat Reichsaußenminister Dr. Curtius noch einmal aufs energischste auf die Notwendigkeit der Annahme des Liquidationsabkommens mit Polen zugleich mit den übrigen Younggesetzen und auf die möglichen Folgen einer Ablehnung hingewiesen.**

Schober wieder in Wien

wtb. **Wien**, 25. Febr. Bundeskanzler Dr. Schober ist heute um 9.25 Uhr früh in Begleitung des Generalsekretärs für Auswärtige Angelegenheiten, Peters, und des Gesandten Junkkar im Hauptbahnhof eingetroffen. Der deutsche Gesandte in Wien, Graf Lerchenfeld, hat auch die Rückreise auf Einladung des Bundeskanzlers als dessen Gast mitgemacht.

Zum Empfang waren am Bahnhof erschienen Vizekanzler Vaugoin und die Bundesminister Dr. Hainisch, Dr. Juch und Födermayer, sowie mehrere höhere Funktionäre. Beim Verlassen des Bahnhofes wurde der Bundeskanzler von einer zahlreichen Menge lebhaft akklamiert.

Dank an den Reichskanzler

wtb. **Berlin**, 25. Febr. Bundeskanzler Schober hat beim Ueberschreiten der reichsdeutschen Grenze an den Reichskanzler nachstehendes Telegramm gerichtet:

Beim Verlassen des reichsdeutschen Bodens danke ich Ihnen und Dr. Curtius auf das aufrichtigste und wärmste für Ihre herzliche Gastfreundschaft und für all das Schöne und Wertvolle, das diese unvergeßlichen Berliner Tage erfüllt hat. Zuversichtlich hoffe ich, Sie und den Herrn Reichsaußenminister recht bald in Wien begrüßen zu dürfen.

gez.: Schober.

Einstimmige Annahme der Haager Abkommen

wtb. **Wien**, 25. Febr. **Der Nationalrat hat heute das Haager Uebereinkommen sowie die damit im Zusammenhang stehenden Abkommen mit Belgien und Polen nach kurzer Aussprache einstimmig genehmigt. Ebenso wurde der Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag mit Italien einstimmig angenommen.**

Die erste Ausfahrt der „Europa"



Schlepperflottillen brachten das gigantische Schiff ins offene Wasser.

Völkerbundssatzung und Kelloggpakt

wtb. **Genf**, 25. Febr. Der Elfer-Juristenausschuß zur Anpassung des Kelloggpaktes an den Völkerbundspakt hat heute vormittag seine Arbeiten aufgenommen. Sie werden auf Antrag von Lord Robert Cecil möglichst öffentlich geführt. Den Vorsitz hat Scialoja, der mit zu den Autoren des Völkerbundspaktes gehört.

Die Aussprache drehte sich fast ausschließlich um die Mission des Elfer-Ausschusses, die von Italien, Spanien und Japan möglichst eng, von England weiter aufgefaßt wird. Die deutsche Auffassung weicht von der englischen These der mechanischen Anpassung der Kriegsächtung des Kelloggpaktes an den Völkerbundspakt dadurch ab, daß Deutschland, wenn überhaupt eine Revision vorgenommen wird, den organischen Ausbau des Völkerbundspaktes nicht nur im Sinne der Kriegsächtung, sondern auch des Artikels 2 des Kelloggpaktes über die friedliche Regelung aller Streitfälle für notwendig hält.

Der Vorsitzende, Scialoja, unterstrich die Notwendigkeit der Klärung verschiedener Vorfragen. So sei zu berücksichtigen, daß der Kelloggpakt nicht durch den Völkerbund interpretiert werden kann, ebenso ferner, daß der Verteidigungskrieg nach der ausdrücklichen Feststellung Briands und Kelloggs auch nach dem Kelloggpakt zulässig sei. Eine recht erhebliche Schwierigkeit sieht der Präsident weiter, darin, daß 6 der 54 Völkerbundsstaaten dem Kelloggpakt nicht beigetreten sind, während umgekehrt 9 Teilnehmer des Kelloggpaktes, darunter auch Danzig, dem Völkerbund nicht angehören.

Kündigung der Bauarbeiterlöhne

wtb. **Essen**, 25. Febr. Unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftskrise und der katastrophalen Lage des Baumarktes haben sich die Arbeitgeberverbände des gesamten deutschen Baugewerbes gezwungen gesehen, von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen und die zur Zeit gültigen Bauarbeiterlöhne zum 31. 3. 30 zu kündigen. Eine Kündigung der Bauarbeiterlöhne ist auch im Rheinland und in Westfalen erfolgt.

Eine Kapelle zum Gedächtnis Erzbergers an der Mordstelle am Kniebis



An der Mordstelle auf dem Kniebis bei Griesbach (Baden), die heute ein einfaches Kreuz bezeichnet, soll aus Spenden eine Gedächtniskapelle für den 1921 erschossenen Reichsminister Matthias Erzberger errichtet werden.

Allgemeines Kirchengebet für die russischen Christen

wtb. **Berlin**, 25. Febr. **Der evangelische Oberkirchenrat, die oberste Behörde der evangelischen Kirchen der altpreußischen Union, hat angeordnet, daß am ersten Passionssonntag, dem 9. März, in sämtlichen Kirchen der Not der bedrängten Christen in Rußland im Gottesdienst in besonderer Fürbitte gedacht werden soll.**

Neues vom Tage

Ein Großherzog als Zeitungsverleger.

Vor dem Amtsgericht Schwerin erfolgte gestern vormittag die Zwangsversteigerung der Verlagsfirma Dietsch & Co., Kommanditgesellschaft („Mecklenburger Nachrichten"). Das Meistgebot wurde von dem früheren Mecklenburgischen Großherzog Friedrich Ernst mit 60 000 RM abgegeben.

Auffindung von Gefallenen aus dem Weltkrieg.

In der Nähe des Bois d'Angres sind die Ueberreste von zwei Soldaten aufgefunden worden, die anscheinend während des Krieges verschüttet worden sind. Es handelt sich um einen Deutschen und einen französischen Soldaten. Man bemüht sich, ihre Identität festzustellen.

19 Todesopfer des Lawinenunglücks in Italien

wtb. **Macerata**, 24. Febr. **Die Zahl der infolge des Lawinenunglücks bei Bolognola ums Leben gekommenen Personen ist auf 19 gestiegen.**



Frl. Dr. Lambert

ist zum Stadtmedizinalrat von London ernannt worden. Ihr unterstehen über hundert Krankenhäuser mit 75 000 Betten, 26 000 Mann Pflegepersonal und ein jährlicher Ausgabeetat von 800 Millionen Mark.

Die Stellungnahme des Landtags zum Etat

Die Parteien über die Landespolitik – Die erste Lesung des Voranschlages abgeschlossen – Heute Beginn der Einzelberatungen

Der Landtag beschäftigte sich gestern nachmittag ausschließlich mit der Generaldebatte über den Etat. Als erster Redner nahm

Landtagspräsident Mellies

das Wort, um die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zum Etat darzulegen. Nachdem nunmehr die außenpolitischen Dinge zu einem gewissen Abschluß gelangt seien, werde es hoffentlich auch möglich sein, die Steuerreform durchzuführen, damit man bei der nächsten Etatberatung etwas klarere Verhältnisse habe. Der Redner sprach dann namens seiner Fraktion seine Befriedigung darüber aus, daß das Landespräsidium im Reichsrat dem Youngplan seine Zustimmung gegeben habe. Eine besondere Sorge bleibe bei allen Etatberatungen die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit, die diese im Gefolge habe. Hoffnungen auf eine baldige Verminderung der Arbeitslosigkeit dürfe man kaum hegen, namentlich wenn man die fortschreitende Rationalisierung in der Wirtschaft beobachte. Die große Notlage der Gegenwart zwinge den Staat, starke Eingriffe vorzunehmen und regelnd einzugreifen, um die schlimmsten Notstände zu beseitigen. Diese Notwendigkeit sei auch in Lippe infolge der besonderen Verhältnisse der Wanderarbeiter gegeben. Um die Existenz jedes einzelnen Volksgenossen zu sichern, werde man auch vor einschneidenden Maßnahmen nicht zurückschrecken dürfen. Die sozialdemokratische Fraktion freue sich darüber, daß die vorsichtige Finanz- und Steuerpolitik der letzten Jahre nicht dazu geführt habe, jetzt auf Gnade oder Ungnade über die Aufgabe der staatlichen Selbständigkeit zu verhandeln. Die Fraktion begrüße zwar die Vereinheitlichung des Reiches in großem Rahmen, doch dürfe dies nicht auf dem Wege der finanziellen Erdrosselung geschehen. Den Beschluß des Landespräsidiums, den Reichssparkommissar nach Lippe zu berufen, begrüße die Sozialdemokratie gleichfalls. Auch in Lippe sei wohl noch eine stärkere Rationalisierung möglich, und zwar sowohl in Bezug auf die Verwaltung des Staates und der Gemeinden, aber auch auf dem Schulgebiete. Ohne einer hemmungslosen Eingemeindung das Wort zu reden, vertrete die sozialdemokratische Fraktion doch den Standpunkt, daß der Staat notfalls eingreifen müsse, wenn eine Verständigung unter den Gemeinden nicht zu erzielen sei. Der Redner bedauerte, daß für die freien Lernmittel nur 75 00 RM. im Etat eingestellt sind. Man werde sich noch darüber unterhalten müssen, ob nicht doch noch eine Erhöhung dieses Postens möglich sei. Sollte es nicht möglich sein, so müsse genau bestimmt werden, wie die Belieferung durchgeführt werden solle, v[illegible]ntlich für die bedürftigen Kreise. Der Redner betonte schließlich, daß ausgeglichene Etats wesentlich wichtiger seien als Steuersenkungen. Ohne einen gesunden Optimismus könne man der Schwierigkeiten nicht Herr werden.

Abgeordneter Stuerke:

In der heutigen Etatrede des Vorsitzenden des Landespräsidiums hat die ernste politische und wirtschaftliche Zeitlage eine ernste und eindringliche Beleuchtung erfahren. Wir danken Herrn Drake dafür, daß er das, was heute nicht mehr geleugnet werden kann, in so scharfer und eindringlicher Weise hervorgehoben hat. Wir stehen zu den politischen und zu den wirtschaftlichen Zeitnöten so, daß sowohl im Reich wie auch in den Ländern, und in den Gemeinden gegenüber dieser wirtschaftlichen Not der Gegenwart eine starke und stärkste Zusammenfassung der politischen Kräfte angestrebt werden sollte, und daß auch aus den Motiven und aus den Tatsachen der wirtschaftlichen Nöte unserer Zeit mit unerbittlicher Konsequenz nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen und die finanziellen Tatsachenkonsequenzen gezogen werden. Wir sind in Übereinstimmung mit unsern Freunden auch im Reich der Ansicht, daß die rein parteipolitische Orientierung in fast allen Fragen des Volkslebens zu verurteilen ist und daß wir mehr als bisher auf diesem Gebiete eine Zusammenfassung der wirtschaftlichen und politischen Kräfte anstreben sollten. Das ist auch die Auffassung, die unsere Freunde im Reichstag vertreten. Ihr schließen wir uns im vollen Umfang an. Wir sprechen in diesem Augenblick gleichzeitig unser Bedauern darüber aus, daß nicht im Landtag, wohl aber außerhalb des Landtages der Katastrophenpolitik und der Katastrophenstimmung das Wort geredet wird.

Meine verehrten Abgeordneten! Wir hatten gestern abend Gelegenheit, an einer großen politischen Kundgebung teilzunehmen, und wer an ihr teilgenommen hat, muß bedauern, in welchem Umfange der Katastrophenstimmung Vorschub geleistet wird. Diese Katastrophenstimmung in der deutschen Wirtschaft und im deutschen Volk überhaupt ist das letzte, was wir vertragen können. Ich erinnere daran, welche verheerenden Folgen im Herbst des vergangenen Jahres die plötzlich hervortretenden Nachrichten über das Kassendefizit im Reichshaushalt gerade für unsere Wirtschaftsgemeinschaft gehabt hat. Wenn ich den Begriff Wirtschaft ausspreche, dann weiß ich mich völlig frei von einer Auffassung, die in dieser Wirtschaft nur die Unternehmer und Arbeitgeber sieht. Wir erblicken in ihr die ganze deutsche Volksgemeinschaft, und auch also jene Kräfte, die in der Wirtschaft als Arbeitnehmer tätig und mit ihr auf das engste verbunden, also auch diejenigen, die in dieser Wirtschaft als Beamte, Angestellte oder als Arbeiter tätig sind. Jede Beunruhigung wirkt sich am stärksten aus auf die Schwachen und Schwächsten; sie sind es, die als erste den Schaden davontragen.

Daß wir im Reich in den Fragen der Finanzreform, der Ursache der Unruhe, nicht zur Ruhe kommen, bedauern wir. Und wir haben kein Verständnis dafür, daß ein wertvolles Jahr vergangen ist, ohne daß die Reichsfinanzreform, von der auch die Gestaltung unseres Landesetats und die Gestaltung der Gemeindeetats abhängt, zustande gekommen ist. Daß unser Verhältnis zu den ehemaligen Kriegsgegnern bereinigt werden mußte, bevor an die Reform der Reichsfinanzen herangegangen werden kann, dafür haben wir allerdings Verständnis. Und wir sehen uns deshalb auch nicht in der Lage, dem Landespräsidium daraus einen Vorwurf zu machen, daß es im Reichsrat dem Haager Abkommen und den damit zusammenhängenden Gesetzen zugestimmt hat. Wir stellen uns auch auf den Standpunkt, daß diese Gesetze notwendig waren, und daß wir im übrigen abzuwarten haben, wie die Auswirkungen sein werden. Wir haben das Vertrauen, daß in dem Augenblick, wo die Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht besteht, auch eine entsprechende Revision der Abmachungen erfolgen wird.

Herr Drake hat die wirtschaftlichen Verhältnisse erwähnt und eine große Reihe von Tatsachen angeführt. Er hat daraus die Konsequenz der „innerpolitischen Vereinigung" gezogen, wie uns scheint; mit Recht. In diesem Zusammenhange mache ich darauf aufmerksam, daß die Lage der Wirtschaft in unserer lippischen Industrie, in Handel und Gewerbe nicht die Gewähr bietet, daß sie in den nächsten Monaten und im Laufe des Etatsjahres ihren verhältnismäßig günstigen Stand beibehalten wird. Gerade die Hauptindustrie des Landes steht sich in den letzten Wochen und, wie wir fürchten, auch in den nächsten Monaten vor der sehr bangen Sorge, ob die Beschäftigung weiter die gleiche bleiben wird, wie sie es bisher gewesen ist. Auch wir können in diesem Augenblick nur unterstreichen, daß die Entwicklung unseres Kleingewerbes und Handwerks und die Entwicklung mancher Industrie im Lande, die nicht zufällig über einen besonders günstigen Absatz ihrer Fabrikate verfügen, also abgesehen von Einzelerscheinungen, die Gesamtlage des Mittelgewerbes und der Industrie durchaus unerfreulich ist. Dies rührt nicht zuletzt daher, daß es nicht gelungen ist, unserer Wirtschaft und unserem Gewerbe diejenigen Kredite und Kreditbedingungen zu verschaffen, die normalerweise für eine Inganghaltung der Wirtschaft eine unbedingte Notwendigkeit bilden. Nach wie vor ist im Lande die Regel, daß jeder Handwerker und jeder Gewerbetreibende mit 10—12 % Zinsen und darüber hinaus zu bezahlen hat. Daß das außerordentlich ungesunde Zustände sind, unterliegt keinem Zweifel. Ich spreche namens meiner Fraktion die Bitte aus, daß das Landespräsidium bestrebt sein möchte, die Inanspruchnahme der Mittel unserer öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten durch die öffentlich-rechtlichen Stellen nach Möglichkeit nicht mehr in dem bisherigen Umfange hervortreten zu lassen, und daß dasjenige, was aus der Wirtschaft heraus und im Volke gespart wird, der Wirtschaft zu erträglichen Bedingungen zugeführt werden kann. Wir haben keinen besseren Vorschlag für die Linderung der Arbeitslosigkeit als den, daß die Wirtschaft als solche aus den verbesserten und vermehrten Kreditmöglichkeiten wieder in Gang gebracht werden möchte. Mit großem Interesse haben wir die von Herrn Drake bekanntgegebenen Zahlen über die in der lippischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten vernommen. Wenn 18 000 Personen in den letzten 10—20 Jahren in den heimatlichen Gewerben ihre Beschäftigung haben finden können, dann ist das ein Beweis, daß unsere Wirtschaft fähig ist, die Arbeitskräfte des Landes zu beschäftigen, und weiter, daß, wenn die Kreditbedingungen besser werden, die Wirtschaft auch diejenigen, die heute in so großer Zahl erwerbslos auf der Straße liegen, wieder aufnehmen könnte. Es befremdet uns, daß unser Arbeitsamt in der letzten Zeit hat feststellen müssen, daß die Reichsarbeitsämter draußen gewissermaßen per Beschluß und per Befehl die aus unserem Land stammenden Facharbeiter nicht mehr in ihren Bezirken aufnehmen dürfen. Ich sehe in diesem Vorgehen der Arbeitsämter im Reiche, so sehr man auch die Berücksichtigung der örtlichen Bedürfnisse verstehen kann, eine bedrohliche Beschneidung der Freizügigkeit unseres deutschen Volkes, der Freizügigkeit unserer Arbeiter, für die gerade die liberalen Parteien in der Vergangenheit entschieden eingetreten sind. Wenn es heute einem Facharbeiter aus Detmold oder Lemgo nicht mehr möglich ist, in Berlin, in Dresden oder in Leipzig Arbeit zu finden, wenn dem Arbeiter der Zuzug unmöglich gemacht wird, dann sind das Zustände, die zu denken geben. Die Landesregierung hätte nach unserer Meinung alle Veranlassung, einmal den Finger in diese Wunde zu legen. Wir lehnen die Wiederkehr dieser mittelalterlichen Verhältnisse auf das entschiedenste ab.

Zu den Fragen der Reichsreform können wir uns ganz kurz fassen. Im Mittelpunkt der Reichsreform steht die Frage der Eigenstaatlichkeit. Dabei bedauern wir, daß die Erörterung der deutschen Eigenstaatlichkeit auch von führenden amtlichen Persönlichkeiten oftmals höhnend behandelt wird. In unserer Partei und Fraktion sehen wir uns gelegentlich in einer etwas schwierigen Lage, weil unsere Freunde im Reich programmatisch den Einheitsstaat fordern. Ich möchte aber doch ausgesprochen haben, daß wir unser Eintreten für die Eigenstaatlichkeit, wie wir sie auffassen, sehr wohl vereinbaren können mit dem Gedanken des deutschen Einheitsstaates, den wir durchaus bejahen. Wir lehnen — und ich spreche das gegenüber gewissen Angriffen aus — eine Rückkehr zu den Zeiten, wie sie vor dem Zollverein und vor 1866 bestanden haben, unter allen Umständen ab. Wir bejahen die starke Reichsgewalt, wir bejahen die Verreichlichung aller Einrichtungen, die dafür in Frage kommen, und wir möchten bei dieser Gelegenheit erneut anregen, daß mit der Verreichlichung solcher Einrichtungen, auch auf dem Gebiete der Justiz, weiter gegangen werden möchte. Wir stehen also durchaus auf dem Boden einer starken Reichsgewalt, möchten aber das Gesunde, was in der Eigenstaatlichkeit liegt, erhalten, soweit der Reichsgewalt daraus kein Nachteil erwächst.

Herr Drake hat gestern mitgeteilt, daß der Reichssparkommissar uns demnächst besuchen werde. Wir begrüßen diesen Beschluß des Landespräsidiums. Man wird der Auffassung des Präsidiums zustimmen können, daß auch in unserem Lande das eine und das andere zu verbessern und sparsamer zu gestalten sein wird. Wir sind der Meinung, daß der Reichssparkommissar auch die Frage prüfen wird, die uns im vergangenen Frühjahr beschäftigt hat, nämlich die Frage unserer letzten Besoldungsordnung, und die Frage der Auswirkungen, die diese Besoldungsordnung gehabt hat. Jedenfalls möchten wir wünschen, daß einmal eindeutig festgestellt werden möchte, in welchem Umfange unsere Besoldungsordnung über die preußischen oder deutschen Verhältnisse hinausgeht. Der Reichssparkommissar wird hoffentlich auch auf dem Gebiete der Justiz prüfen, ob wir uns die Einrichtungen auf gerichtlichem Gebiet weiter erhalten können, die wir geschaffen haben, oder ob nicht unter Schonung der Interessen der Bevölkerung auch hier Ersparnisse möglich sein könnten.

Was nun den Etat im einzelnen oder in seinen Hauptgesichtspunkten anlangt, so interessiert uns natürlich sehr stark der Überschuß, mit dem die Rechnung des Jahres 1928 abgeschlossen hat. Gestatten Sie, daß ich den Überschuß nur nenne in Verbindung mit dem Jahr 1928. Wir haben jedenfalls die Tatsache zu verzeichnen, daß ein Überschuß von 710 000 Mark vorhanden ist. Wir werden uns aber schwerlich in der Lage sehen, den Vorschlägen des Präsidiums zuzustimmen, diesen Überschuß etwa ähnlich zu verwenden, wie das vor einem oder zwei Jahren der Fall gewesen ist. Wir werden zu prüfen wissen, ob nicht durch diesen Überschuß noch nachträglich der Finanzausgleich mit den Gemeinden nach der einen oder andern Seite korrigiert werden kann. Oberstes Gesetz bleibt uns die Gesundung der Landesfinanzen. Wir stimmen darin überein, daß die gesunden Finanzen der Gemeinden abhängig sind von gesunden Finanzverhältnissen des Landes. Wir hoffen aber, daß sich ein Weg finden wird, der die Möglichkeit bietet, auch die Gemeinden teilnehmen zu lassen an den Überschüssen des Jahres 1928.

Was nun die Landessteuern anlangt, so stehen wir der höher eingesetzten Position der Grunderwerbssteuer mit Bedenken gegenüber. Wer im Lande die Kreise, die von dieser Steuer betroffen werden, hört, wird wissen, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Position große Bedenken ausgelöst hat. Sehr bemerkenswert ist auch die stark heraufgesetzte Position der Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer. Darüber wird im Hauptausschuß noch zu sprechen sein, aber die Tatsache ist sehr bemerkenswert, daß heute zugunsten der Landesstraßen 360 000 Mark allein aus der Kraftfahrzeugsteuer zur Verfügung stehen, während in den Vorkriegsjahren nur 200 000 Mark ausgegeben wurden. Wenn diesem Betrage noch die Qualität der Straßen, wie wir sie heute haben, hinzugerechnet würde, desgleichen die Steigerung der Löhne und Materialien, dann würde der Friedensaufwand mindestens eine Höhe von 300 000 bis 400 000 Mark erreicht haben. Es ergibt sich also, daß der Kraftwagenverkehr der Träger der Friedensunterhaltung der Landesstraßen geworden ist.

Ob das Präsidium wohl daran getan hat, dem preußischen Beispiel folgend, den Betrag von 249 000 Mark für mehr erwartete Reichsteuerüberweisungen einzusetzen, erscheint uns fraglich. Wir werden aber wohl im Hauptausschuß noch Näheres über die Gründe hören, die für eine solche Annahme sprechen. Was wir aus der Wirtschaft und Industrie und von Persönlichkeiten aus der Finanzverwaltung hören, läßt nicht darauf schließen, daß für 1930 mit denselben Einnahmen zu rechnen sein wird, die in den vergangenen Jahren aus der Wirtschaft gezogen worden sind.

Ich habe bei dieser Gelegenheit weiter zu bedauern, daß die Einnahmen aus den Gerichtskosten eine doch ganz bedenkliche Steigerung aufzuweisen haben. Es ist dies ein Beweis für die Richtigkeit der Klagen, die in den letzten Jahren immer wieder gegen die außerordentliche Höhe der Gerichtsgebühren geäußert worden sind, und die für manche Kreise, die die Gerichte in Anspruch zu nehmen haben, geradezu drückend geworden sind. Wir werden uns darüber zu unterhalten haben, ob nicht eine Änderung bzw. eine Herabsetzung der Gebühren möglich ist.

Sehr wertvoll und interessant waren die Ausführungen, die Herr Präsident Mellies über Fragen des Schullebens gemacht hat. Ich stimme ihm darin völlig bei, daß die Rationalisierung der Verwaltung wie der Wirtschaft nicht Halt machen darf vor der eventuell nötigen Rationalisierung auch auf dem Gebiete des Schulwesens. Dabei leitet uns in keiner Weise das Motiv, nun etwa die Rationalisierung des Schulwesens zu verbinden mit einer Leistungsverminderung. Aber wir haben doch den Eindruck, daß mit den Millionen, die wir für das Schulwesen ausgeben, dasselbe geleistet werden könnte, gleichzeitig aber doch erhebliche Ersparnisse zu machen wären. Beobachtungen und Mitteilungen, die an uns gelangen, scheinen darzutun, daß hier und da des guten zuviel getan würde, ohne daß mit dem „des guten zuviel getan" nun eine Leistungserhöhung zu verzeichnen war. Wir hoffen, daß sich unter den neuen Verhältnissen, unter dem neuen Leiter des Schulwesens Gelegenheit bieten wird, gerade die Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit und der Rationalisierung, der Ausnutzung aller Kräfte und Einrichtungen der Schulorganisation in den Vordergrund zu stellen. Wir werden hoffentlich in der nächsten Zeit noch vom Präsidium hören, was an den Mitteilungen Wahres ist, die in manchen Kreisen zu einer gewissen Beunruhigung geführt haben, daß nämlich bestimmte Reformen unseres höheren Schulwesens geplant sind. Wir beschränken uns heute auf den Wunsch an das Landespräsidium, daß das, was etwa an Reformen geplant ist oder geschehen soll, nach sorgfältiger Prüfung und nach Anhörung auch derjenigen Personen, die in unserem Schulleben tätig sind, erfolgt. Wir kündigen unsererseits gern jede sachliche Mitarbeit auf diesem Gebiete an.

Wenn man über diese wichtigen Fragen des Etats und des Schullebens spricht, dann kann man an den Dingen, die uns das letzte Jahr bewegt haben, nicht ohne weiteres schweigend vorbeigehen. Wir wünschen eine Aufrührung der Vorgänge, die unser Land bewegt haben. Wir sprechen nur die Hoffnung aus, daß alle verantwortlichen Kreise unseres Landes dazu beitragen möchten, daß unserer Schule, wie sie nun einmal ist, auch fernerhin der Friede erhalten bleiben möchte entsprechend der Tradition und den Grundsätzen, die wir immer vertreten haben.

Sehr unangenehm — und das soll das letzte Wort sein — ist es uns gewesen, daß die Erträgnisse aus dem Staatsvermögen, aus den Domänen und Forsten, mit einem erheblich niedrigeren Satze als im Vorjahre in dem Voranschlag Aufnahme gefunden haben. Bei den Domänen sind es 47 850 ℳ und bei der Forstabteilung 85 429 ℳ weniger als im letzten Jahr. Das ist unter allen Umständen bedenklich. Wir werden ja näheres über die Erläuterungen hinaus noch hören. Wer den Etat unserer Domänenverwaltung sich aufmerksam ansieht, der kommt bei einigen Positionen zu etwas unangenehmen wirtschaftspolitischen Feststellungen. Ich möchte da nur die Tatsache nennen, daß für die große Zahl von 88 Mietswohnungen und 27 gewerblichen Mietsobjekten die Domänenabteilung nur einen Betrag von 25 000 ℳ zu erwarten sich in der Lage gesehen hat. Es handelt sich nicht dabei um Dienstwohnungen, sondern um sog. Mietwohnungen, bei den gewerblichen Objekten überhaupt nur um rein privatwirtschaftliche Einsetzungen. Wer die große Summe von Mietsobjekten mit einem so geringen Ertrag in unserem Etat erscheinen sieht, kommt zu etwas unangenehmen Feststellungen. Wir werden uns über diese wichtige Frage nächstens noch eingehend zu unterhalten haben. Herr Drake hat gestern die Mindereinnahmen aus der Forstverwaltung ja schon genannt und es darauf zurückgeführt, daß die Vermögensanlage der Forstabteilung in den Dörentruper Werken ertraglos bleiben würde. Wir sehen davon ab, Betrachtungen an diese Tatsache zu knüpfen, wir wollen uns darauf beschränken, sie als Tatsache zu bedauern, erklären uns aber bereit, in rein wirtschaftlichen Betrachtungen der Dinge zu untersuchen, ob ein so scharfer Schnitt gemacht werden muß. Wenn diese Frage bejaht wird, erklären wir uns bereit, ihn mitzumachen. Im andern Falle hoffen wir, daß eine Rente aus diesem bedeutenden Teil unseres Staatsvermögens in dem Etat Aufnahme finden möchte.

Wenn ich meine Ausführungen mit einem Hinweis auf die ernste wirtschaftliche Lage begonnen habe, so will ich sie auch mit einer solchen Betrachtung schließen, und zwar mit dem Kapitel über die Vermögens- und Schuldenverwaltung unseres Staates. Einzelheiten brauchen nicht genannt zu werden. Es genügt die Hervorhebung der Tatsache, daß die vom Land einschließlich seiner Unternehmungen aufzubringenden Zinsen inzwischen schon einen Betrag von über 700 000 ℳ ausmachen. Zu dieser Zinsenlast kommt noch die Last der Abträge, die selbstverständlich notwendig ist denn wir können nicht unsern Kindern und Kindeskindern zur Schulden hinterlassen, sondern wir müssen uns an den Abträgen beteiligen. Zu der Zinsenlast von 700 000 ℳ kommen also noch die Abträge dieser Schuldenlast. Diese Last ist so groß, daß sie ernste Bedenken auslöst. In etwa zieht daraus der außerordentliche Etat gewisse Konsequenzen. Diese Tatsachen zwingen dazu, auf dem Gebiete des weiteren Schuldenmachens nicht fortzuschreiten.

Wir sind in die Beratungen des Landtages mit dem Vorsatz sachlicher Mitarbeit eingetreten, weil wir nicht davon überzeugt sind, daß bei jeder Gelegenheit parteipolitische Gegensätze ausgetragen werden müßten. Wir werden mithelfen, daß der Etat schnell verabschiedet wird, und ich hoffe, daß meinen guten Anregungen auch die sachliche Würdigung auf der andern Seite zuteil wird.

Abgeordneter Helms

führte aus, daß seine politischen Freunde der Entwicklung auf außenpolitischem Gebiet mit großer Skepsis gegenüberstünden. Sie billigten auch nicht die Zustimmung des Landespräsidiums im Reichsrat zum Youngplan, und zwar aus der nüchternen Erwägung heraus. Herr Drake habe gestern selber gesagt, daß es keinen Deutschen gebe, der nicht von der Untragbarkeit der Reparationslasten überzeugt sei. Auch der Reichsfinanzreform stehen wir, so führte der Redner weiter aus, mit aller Skepsis gegenüber. Sehr interessant waren mir die Ausführungen des Herrn Drake über die Anschlußfrage. Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, als habe er, trotz seiner Worte, daß wir günstiger daständen als Schaumburg-Lippe, sagen wollen: Befassen Sie sich einmal mehr mit diesen Dingen, sie sind akut geworden. Die von Herrn Drake mitgeteilten Zahlen und Vergleiche über die Belastungen in den verschiedenen Ländern sollten uns veranlassen, überall die größte Sparsamkeit walten zu lassen. Wohin eine verantwortungslose Finanzgebarung führt, zeigt uns das Beispiel in Berlin Wir haben das Vertrauen, daß solche Verhältnisse bei uns nicht eintreten werden. Wir erkennen an, daß der Etat ausgeglichen ist, aber mit welchen Mitteln und in welcher Form, gibt uns zu denken. Herr Drake wies auf das Vorbild des preußischen Finanzministers hin, aber Preußen ist ein ganz anderes Land, und der preußische Etat von über 4 Milliarden ermöglicht, wenn die Summen nicht hereinkommen sollten, ohne weiteres einen Ausgleich. Große Bedenken haben wir auch gegen die Erhöhung des Ansatzes der Gewerbesteuer. Unsere grundsätzlich ablehnende Stellungnahme gegen die Grundwertsteuer ist bekannt. Wir behalten uns auch entsprechende Anträge auf Aufhebung des Landeszuschlages vor. Ich möchte auch meinem Befremden darüber Ausdruck geben, daß die Ueberschüsse aus der Domänenabteilung ein Minus von 50 000 RM. aufweisen. Auf der anderen Seite gibt es mir zu denken, daß im außerordentlichen Etat der Domänenverwaltung wiederum 30 000 RM. für das Gut Schwoghof bereitgestellt sind, obwohl im vorigen Jahr erst 28 000 RM. dafür bewilligt wurden. Durch die Aufteilung des Gutes Altendonop ist entschieden Erfreuliches geschaffen worden. Ich bitte, uns auch einmal Näheres über die Rechtsverhältnisse in der Siedlung Frettholz mitzuteilen. Worauf es zurückzuführen ist, daß aus der Forstverwaltung 85 000 RM. weniger hereinkommen, hat Herr Staercke bereits mitgeteilt. Der Redner spricht dann seine Mißbilligung über den vom Landespräsidium gegen die „Tages-Zeitung" verhängten Boykott aus, der nur zum Nachteil des Staates selbst gewesen sei. Ich hätte auch gern, so erklärt er weiter, über den Stand der Ablösung im Osten des Landes etwas gehört. Abg. Helms spricht sich ferner gegen die Beteiligung des Staates an wirtschaftlichen Unternehmungen aus und beruft sich dabei auf Aeußerungen des preußischen Handelsministers. Er wendet sich ferner dagegen, daß in dem neuen Etat wiederum 18 neue Beamtenstellen vorgesehen sind: im vorigen Jahr seien es bereits 25 gewesen. Für den Ankauf der Telephonanlage im Regierungsgebäude seien wiederum 33 900 Reichsmark angefordert; im vorigen Jahre seien bereits dafür namhafte Mittel bewilligt worden. die ganze Anlage sollte ursprünglich nur 38 000 Reichsmark kosten. Die unbedingte Einhaltung der Kostenanschläge sei auch hier zu fordern. Abg. Helms erwähnt ferner die Exerzierplatzfrage in Hiddesen und teilt mit, daß ein Grundbesitzer einen anderen geeigneten Platz angeboten habe. Die Ausführungen des Herrn Drake über die Lage der Landwirtschaft seien mit den wirklichen Verhältnissen nicht in Einklang zu bringen. Die Lebenshaltung in der Landwirtschaft sei außerordentlich stark eingeschränkt. Der Redner schließt seine Ausführungen mit einem nochmaligen Appell zur größtmöglichsten Sparsamkeit.

Abgeordneter Meyer:

Das Landespräsidium hat seine Darlegungen zum diesjährigen Staatshaushaltsplan und zu der allgemeinen Lage in Lippe mit einem Exkurs in die große Politik begonnen und hat versucht, seine Stellungnahme zum Youngplan im Reichsrat zu rechtfertigen. Ich bin allerdings erschüttert über die Inhaltslosigkeit der Gründe, die das Landespräsidium veranlaßt haben, dem Youngplan zuzustimmen. Wenn man die Lösung dieses für die Zukunft Deutschlands wichtigsten Problems damit meint abtun zu können, daß mit der Zeit auch ein Rat kommen wird, oder daß die Frage müßig ist, ob wir die ungeheuren Lasten werden tragen können oder nicht, so bedeutet das ein Hinwegleiten über die eigentlichen Probleme, das tief bedauerlich ist. Ich bin versucht, den Vorschlag zu machen, diese Erklärung des Landespräsidiums — und bei der Wichtigkeit des Gegenstandes muß ich annehmen, daß es sich um eine vorher festgelegte Erklärung handelt — öffentlich zu plakatieren. (Zwischenruf Drake: In ganz Deutschland?) Jawohl, in ganz Deutschland, damit das deutsche Volk erfährt, in welcher Weise zu seinen wichtigsten Lebensfragen Stellung genommen wird.

Wenn das Landespräsidium aber durch das Hineinwerfen der Frage des Youngplans in unsere lippischen Debatten vielleicht einen Keil hineintreiben möchte in die bürgerliche Opposition, so irrt es jedenfalls bezüglich der deutschnationalen Fraktion. Wir wissen uns einig mit unsern Parteifreunden im Lande, wenn wir unsere Stellungnahme hier in Lippe in erster Linie von den Notwendigkeiten in Lippe abhängig machen. Und wir sind deshalb auch in der Lage, mit denjenigen eine gemeinsame Politik zu treiben, die in anderen Fragen anderer Meinung sind als wir. Dabei wissen wir allerdings auch, daß die Gründe für diese andere Auffassung besser fundiert sind, als die Gründe, die das Landespräsidium für seine Zustimmung zum Youngplan aufzuweisen hat.

Wer die verschiedenen Haushaltspläne der deutschen Länder vergleicht, mag dabei zu der Auffassung kommen, daß in Lippe außerordentlich gesunde Verhältnisse in den Staatsfinanzen sind. Denn einmal schließt der Etat dieses Jahr ohne Fehlbetrag ab, dann ist die Ausgabensteigerung, die in den vergangenen Jahren seit 1926 jedes Jahr etwa eine Million betragen hat, in diesem Jahr nur 200 000 Reichsmark, so daß man der Meinung sein könnte, es herrsche hier eine ganz besondere Sparsamkeit. Und wenn man dann das Verzeichnis des Vermögens und der Schulden betrachtet, bei dem die Vermögenswerte erheblich höher sind, als die Schulden, kommt man zu der Meinung, daß hier das Land ist, in dem Milch und Honig fließt und in dem die Erträgnisse des Vermögens eigentlich Steuererleichterungen ermöglichen müßten.

Das Urteil ist ebenso falsch, wie gestern die Darstellung des Herrn Drake über die Grundsteuer in Mecklenburg-Strelitz und die Hauszinssteuer in Oldenburg. Denn es ist ohne Kenntnis der wirklichen Verhältnisse abgegeben worden. Schon vor einigen Jahren — ich glaube 1927 — machte uns Herr Drake gruselig damit, daß in Württemberg die Hauszinssteuer verdoppelt würde. Er vergaß nur hinzuzusetzen, daß damit noch nicht einmal die Belastung des Hausbesitzes erreicht wurde, die dem damaligen Durchschnitt in den übrigen Ländern entsprach. Auch Oldenburg ist ein Land, das bis heute mit Ausnahme von Bremen die niedrigste Hauszinssteuer gehoben hat, und es ist nicht gesagt, daß die nunmehr eingetretene Erhöhung dort diese Steuer mehr anspannt als in andern Ländern.

In Mecklenburg-Strelitz wurde die Grundsteuer bisher mit 6 Prozent vom Reinertrag gehoben. Nach dem neuen Gesetz sollen dort 6 Prozent vom Einheitswert gehoben werden. Die Zuschlagsmöglichkeit für Gemeinden usw. beträgt 100 Prozent, so daß dort also 12 Prozent vom Einheitswert gehoben werden. Hier in Lippe ist aber ein wesentlich höherer Steuerwert zugrunde gelegt, und es werden einschließlich der Gemeinden 9,75 Prozent erhoben. Die Einheitswerte sind aber höchstens Zweidrittel der hier in Lippe der Veranlagung zugrunde liegenden Werte. Unter dieser Berücksichtigung beträgt also die Steuer in Mecklenburg-Strelitz nur 8 Prozent, und dürfte also dieselbe Belastung wie bei uns darstellen, da hier ja noch die durch die Staffelung sich ergebenden Erleichterungen von 9,75 Prozent abzusetzen sind. Nur die Verteilung dieser Steuer zwischen Land und Gemeinden ist anders.

Genau so unverständlich, wie es mir in den vergangenen Jahren gewesen ist, daß man den Voranschlag mit einem Defizit abschloß, obwohl alle Vorbedingungen gegeben waren, den Haushaltsplan ausgleichen zu können — und die Rechnungslegung hat uns ja in allen Punkten recht gegeben —, genau so unverständlich ist es mir nun, wo die Möglichkeit zum Ausgleich nicht besteht, wenn die Ausgaben in der vorgesehenen Höhe bleiben, daß man da mit allen Mitteln versucht, ohne Fehlbetrag auszukommen. Es ist ja meine Vermutung, daß man in den früheren Jahren ein Interesse daran hatte, nach außen hin mit einem Fehlbetrag abzuschließen, auch von anderer Seite bestätigt worden. Aber welches Interesse heute daran besteht, ohne Fehlbetrag nach außen abzuschließen, wenn der Etat einen wirklichen Fehlbetrag enthält, ist mir ganz unverständlich. In diesem Jahre kann man nicht behaupten, wie in den früheren, daß die Steuereingänge aus Reichssteuerübermeisungen höher sein werden, ja es ist auf Grund der Entwicklung der Reichsfinanzen vielleicht damit zu rechnen, daß die Ansätze nicht erreicht werden. Aber zu dem Mittel zu greifen, hier einen besonderen Posten: Mehreinnahmen aus Reichssteuerüberweisungen einzusetzen, halte ich für abwegig. Das Überweisungsverfahren der Reichssteuern ist geregelt und falls tatsächlich mehr Überweisungen kommen, sind sie nicht unter diesem Titel, sondern bei den einzelnen Steuerarten zu verbuchen. Ein Vergleich mit Preußen ist dabei unzulässig. Denn Preußen hat wirklich Forderungen an das Reich angemeldet, die einen wirklichen Hintergrund haben. Preußen hat seine Domänen und Forsten im Osten ohne Entschädigung hingeben müssen für das Reich, und bei der Überführung der Eisenbahnen auf das Reich hat es auch nicht die Entschädigung bekommen, die diesem Kapital entsprach. Ich kann es nicht für möglich halten, daß Lippe im Ernst die Forderungen geltend machen will, von denen Herr Drake vor einem Jahre sprach, z. B. eine Abfindung für die Aufgabe des Thurn- und Taxischen Postregals. Wenn man einen Fehlbetrag aufzuweisen hat, soll man das offen gestehen, ebenso wie man in den Jahren, in denen ein Ausgleich möglich ist, auch den Haushaltsplan ausgleichen soll.

Auch das Sparen ist in diesem Haushalt nicht durchgeführt. Ich freue mich aber, feststellen zu können, daß das Landespräsidium jetzt auch den Standpunkt einnimmt, den wir seit dem Jahr 1927 eingenommen haben. Die Anweisung an die Regierungsstellen, sich so einzurichten, daß Lippe auch gegebenenfalls ohne die Einkünfte des § 35 auskommen muß, haben wir damals ausgesprochen. Auch in früheren Jahren waren die Verhältnisse in Lippe bezüglich der Besteuerungsfähigkeit und der Steuerkraft ähnliche wie heute und lagen unter dem Reichsdurchschnitt. Dabei war die Finanzverwaltung Lippes in der Vorkriegszeit vorbildlich. Dabei vertreten wir aber den Standpunkt, daß das Reich verpflichtet ist, für einen besonderen Ausgleich in der Form wie § 35 zu sorgen, und wir stellen unsere Hilfe auch nach dieser Richtung für alle Verhandlungen in Aussicht. Der preußische Standpunkt, daß auch für einzelne Gebietsteile eines Landes ein Ausgleichsverfahren seitens des Reiches notwendig wäre, kann von uns nicht geteilt werden. Denn dürften auch die Überschußgebiete nicht mehr erhalten, als dem Durchschnitt entspricht. Der Ausgleich muß innerhalb eines Landes selbst geschaffen werden. Wenn aber eine Macht, die stärker ist als unser kleines Land Lippe, den § 35 zum Verschwinden bringt, dann muß aber Lippe auch befähigt sein, ohne ein derartiges Ausgleichsverfahren auszukommen, u. darauf muß es sich schon heute einrichten. Die Mehreinnahmen nach § 35 sollen nur für besondere Aufgaben benutzt werden.

Die Vermögensaufstellung gibt eine Summe von 13 Millionen. An Schulden sind vorhanden 10½ Millionen. Danach hat also das Land einen Vermögensbestand von 2½ Millionen. Des allerdings nur unter Berücksichtigung der Mietzinssteuerhypotheken. Setzt man diese 3,8 Millionen ab, so ergibt sich, daß das Land einen Überschuß an Schulden von 1.3 Millionen hat. Dabei stimmt bedenklich, daß von 1929 bis 1930 die Schulden um 1,2 Millionen zugenommen haben. Dabei verbraucht das Land zur Verzinsung seiner Schulden etwa 300 000 RM. mehr, als es an Zinsen für sein Vermögen einnimmt. Rechnet man dazu die Verzinsung der schwebenden Schuld mit etwa 250 000 Mark, so geht schon der

tungen mehr möglich sind, so muß doch untersucht werden, ob in Zukunft nicht anders verfahren werden muß. Jedenfalls sollte der Landtag sich hie und besonders nicht durch ein Gewohnheitsrecht, das Budgetrecht, welches das allerwichtigste Recht des Landtags darstellt, nehmen lassen.

Wir betrachten in der Zustimmung zum Etat gleichzeitig das Aussprechen eines Vertrauens zur Regierung. Wenn auch andere Kreise der Ansicht sind, daß ein Vertrauen immer direkt ausgesprochen werden muß, so sehen wir doch in der Bewilligung der Mittel einen Vertrauensakt. Da wir nun aber diesem Landespräsidium niemals ein Vertrauen entgegenbringen werden, so kann unsere Stellung zu diesem Etat nur die sein, daß wir ihn ablehnen.

Abg. Kuhlemeier wendet sich gegen einzelne Ausführungen des Abg. Meyer. Wenn Herr Drake in seiner Etatrede die Ausgaben für die Schule in den Jahren 1913 und 1929 gegenübergestellt habe, so müsse er sagen, daß man einen solchen Vergleich nicht ohne weiteres ziehen könne, weil Lippe früher gegenüber anderen Staaten auf dem Gebiete der Schule erheblich zurückgeblieben sei. Die von Herrn Mellies vertretene Rationalisierung auf dem Schulgebiet verstehe er so, daß sie mit einer Neuorganisation des Schulwesens verbunden sein solle. Der Redner bedauert ebenfalls, daß für die freien Lernmittel in diesem Jahr nur 75 000 RM. eingesetzt sind.

Abg. Fassiemeier fordert Bereitstellung größerer Mittel zur Reparatur alter Wohnhäuser und erklärt zusammenfassend, daß ihn der Etat im allgemeinen befriedige und daß er ihm seine Zustimmung geben werde.

Abg. Scholz kommt bei seinen Ausführungen zu dem Schluß, daß eine Besserung der gesamten Lage nicht eher möglich sei, als bis dieser Staat beseitigt und die Aufrichtung eines Sowjet-Deutschlands erfolgt sei.

M. d. L.-Vr. Drake geht hierauf in längeren Ausführungen auf die Bemerkungen der Vorredner ein. Damit schließt die erste Lesung. Der Landtag vertagt sich auf Mittwoch, 26. Februar, vormittags 9,45 Uhr. (Tagesordnung: Antrag, betr. Aufhebung der Immunität des Abg. Helms; 2. Lesung des Staatshaushaltsplanes.)

Die Gebrechlichen in Lippe

Hohe Häufigkeit der Gebrechlichen insgesamt wie der einzelnen Gebrechensarten unter den deutschen Ländern.

Die endgültigen Ergebnisse der im Rahmen der letzten Personenstandserhebung durch Wohlfahrts- und Fürsorgebehörden, Anstaltsleiter, Gemeindevorstände mit fachärztlicher Hilfe vorgenommenen Gebrechlichen-Zählung im Deutschen Reiche werden jetzt vom Statistischen Reichsamt veröffentlicht. Danach weist Lippe an Gebrechlichen insgesamt 2985 Personen auf, davon 1812 männliche und 1173 weibliche Personen, unter einer Gesamtzahl von 677 808 Gebrechlichen im Deutschen Reiche, ohne Württemberg, für das die Ergebnisse noch nicht vorliegen, davon 430 639 männliche und 247 169 weibliche Personen.

Auf das Zehntausend der Wohnbevölkerung Lippes nach dem endgültigen Ergebnis der letzten Volkszählung finden wir 182,4 Gebrechliche, und zwar 229,5 männliche und 138,5 weibliche. Im Reichsdurchschnitt treffen wir 113,3 Gebrechliche unter jedem Zehntausend der Einwohner, nach Geschlechtern 148,7 männliche und 80,1 weibliche. Lippe gehört zu den neun Ländern des Reiches, ohne Württemberg, aber mit dem in dieser Statistik als Land betrachteten Berlin, die über dem Reichsdurchschnitt der Häufigkeit an Gebrechlichen liegen. Und zwar steht Lippe nach dem Verhältnis seiner Gebrechlichenzahl zur Bevölkerungszahl in der absteigenden Reihe der siebzehn Länder an oberster Stelle, über Braunschweig mit 134,7 und Schaumburg-Lippe mit 130,5 Gebrechlichen auf das Zehntausend der Bevölkerung.

Während also Lippe die höchste Verhältniszahl von 182,4 Gebrechlichen zeigt, hat Berlin die niedrigste Häufigkeitsziffer von 90,7 Gebrechlichen auf jedes Zehntausend seiner Einwohner. Bei der günstigen Ziffer für Berlin spielt mit, daß seine Geisteskranken zum größeren Teil außerhalb Berlins in Anstalten der Provinz Brandenburg untergebracht sind, wie überhaupt die Unterschiede zwischen einzelnen Ländern hier öfter aus dem Vorhandensein oder Fehlen von Heilanstalten, in denen ja nicht nur Landesangehörige untergebracht sind, erklärt werden können.

Was nun die einzelnen Arten der Gebrechlichen angeht, so zählt diese Statistik die mehrfach Gebrechlichen (z. B. Blinde-Taubstumme usw.) in den einzelnen Gebrechensarten bei jedem ihrer Gebrechen, so daß die Gesamtzahl der Gebrechlichen kleiner ist als die Summe der nach den Leidensarten gegliederten Gebrechlichen.

Blinde haben wir in Lippe 124, oder 7,6 Blinde auf das Zehntausend der Bevölkerung, gegenüber ihrer 5,3 im Reichsdurchschnitt. Lippe zeigt die zweithöchste Verhältniszahl unter den deutschen Ländern, innerhalb deren die Blindenhäufigkeit von 8,5 Blinden auf das Zehntausend der Einwohner in Schaumburg-Lippe bis zu 4,0 in Bremen fällt. Nahe bei Lippe sind Hamburg mit 6,6 und Mecklenburg-Schwerin sowie Baden mit je 6,2 als Häufigkeitsziffer für die Blinden.

An Taubstummen und Ertaubten finden wir in Lippe 130 Personen, nach der Häufigkeit 7,9 Personen auf jedes Zehntausend der Bevölkerung, während es im ganzen Reich ihrer 7,1 sind. Lippe steht mit seinem Verhältnis der Taubstummen- und Ertaubtenzahl zur ganzen Bevölkerungszahl an vierthöchstem Platz der deutschen Länder, in der Mitte von Braunschweig mit 7,5 und Hamburg mit 8,7 als Häufigkeitsziffer. Letztere ist am höchsten mit 9,6 in Baden, am niedrigsten mit 5,6 in Oldenburg.

Körperlich Gebrechliche hat Lippe 1705 Personen, das macht 104,2 Personen unter dem Zehntausend der Einwohner, bei ihrer 68,4 im Durchschnitt des Deutschen Reiches. Mit seiner Verhältniszahl der körperlich Gebrechlichen treffen wir Lippe an oberster Stelle der deutschen Länder, in der Nachbarschaft von Schaumburg-Lippe mit 94,3 und Braunschweig mit 89,8 als Verhältniszahl. Diese letztere steigt bis zu 104,2 eben in Lippe und fällt bis zu 45,7 in Hamburg.

Die 1143 in Lippe gezählten geistig Gebrechlichen bedeuten 69,8 Personen unter dem Zehntausend der Einwohner. Das Deutsche Reich als Ganzes besitzt hier die Häufigkeitsziffer 36,3.

Lippes Häufigkeitsziffer ist die höchste aller deutschen Länder, über Hamburg mit 47,8 und Bayern mit 44,4 als Verhältniszahl. Gegenüber Lippe mit der größten Verhältniszahl steht Schaumburg-Lippe mit der kleinsten Verhältniszahl von 25,2.

Die Wirtschaftspolitik in Lippe

In seiner Etatrede vor dem Landtag, deren größten Teil wir bereits gestern veröffentlicht haben, machte Herr Drake zum Schluß noch folgende Ausführungen:

Sparkassenstatistik

Die Zahl der öffentlichen Sparkassen in Lippe beträgt 17. Für die öffentlichen Sparkassen ist im Laufe des Jahres 1929 nach eingehenden Verhandlungen mit den Sparkassenvertretungen in Anlehnung an die in Preußen herausgegebenen Richtlinien eine Mustersatzung erlassen. Die Verhandlungen mit den einzelnen Sparkassen wegen Anpassung der alten Satzungen an die Mustersatzung sind noch nicht abgeschlossen. Von dem Erlaß eines Sparkassengesetzes wurde abgesehen, da sich die Sparkassen verpflichteten, aus dem Zuwachs ihrer Spareinlagen dem Lande eine langfristige Anleihe von 1,5 Millionen zur Verfügung zu stellen. Die aufgewerteten Einlagen bei den öffentlichen Sparkassen ergaben einen Gesamtbetrag von rund 22 800 000. Das Aufwertungsverfahren ist im allgemeinen erledigt. Der Einlagenbestand der Sparkassen betrug am 31. Oktober 1928 44 600 000 und am 31. Oktober 1929 58 Millionen. Der Zugang ist jedoch nicht lediglich Zuwachs an neuen Spareinlagen, da teilweise Aufwertungsbeträge mit eingerechnet sind. An Hypotheken hatten die öffentlichen Sparkassen am 31. 10. 1929 36 Millionen ausgegeben.

Im Wohnungsbau

haben wir im vorigen Jahre eine Sonderaktion für die kinderreichen Familien vorbereitet und durchgeführt. Nur dringende Fälle konnten berücksichtigt werden. Diese Familien erhalten neben dem Entschuldungssteuerdarlehen noch ein weiteres Zusatzdarlehen und außerdem ein Sonderdarlehen, alle zu den Entschuldungssteuer-Darlehns-Bedingungen. 1929 sind in Lippe 1121 Wohnungen neu erbaut, davon 678 mit öffentlichen Mitteln, 443 ohne öffentliche Mittel. Aus der Entschuldungssteuer standen hierfür 600 000 RM. zur Verfügung, und zu einem geringen Teile sind Zinszuschüsse gewährt. Für 1930 ist die Unterstützung von 450 Wohnungsbauten vorgesehen.

Von den Sparkassen wurden als 1. Hypothek ungefähr rund 5 Millionen RM. zur Verfügung gestellt. Aus staatlichem Grundbesitz sind 126 Bauplätze beschafft. In fast allen Fällen wurde von der Wirtschaftsabteilung die Durchführbarkeit der Bauvorhaben eingehend geprüft. Es wurden 399 Bescheinigungen nach dem Gesetze über Steuer- und Gebührenfreiheit vom 16. 11. 1925 ausgestellt, 13 Anträge wurden abgelehnt. An Büroschaften zu Lasten des Landes wurden für 2. Hypotheken 110 000 RM. übernommen. Außer den Mitteln aus der Entschuldungssteuer sind aus allgemeinen Landesmitteln als Zinszuschuß für Wohnungsbauanleihen 46 000 RM. aufgewandt. Die Zahl der Wohnungssuchenden am 1. 7. 1929 betrug 1017, von denen 374 eine einigermaßen angemessene Wohnung besaßen. Der Fehlbedarf an Wohnungen belief sich am 1. 7. 1929 auf 643. Nach Einrechnung der noch im Bau befindlichen Bauten wird am 1. 1. 1930 ein

Fehlbedarf von 490 Wohnungen

vorhanden sein. Insgesamt sind an Entschuldungssteuerdarlehen bis dahin etwa 3,4 Millionen RM. in 1600 Einzelhypotheken verausgabt. Die Ausgabe erfolgt durch die Stadt- und Landräte; die Hypothekenverwaltung wird z. Zt. von der Wirtschaftsabteilung der Regierung in Verbindung mit der Landkasse geführt. Das Aufwertungsverfahren für die während der Inflationszeit aufgegebenen Papiermarkbaudarlehen ist bis auf einige Rückstände erledigt. Es sind Aufwertungsdarlehen im Gesamtbetrage von 110 000 RM. festgestellt. Die vom Lande seit 1924 aufgenommenen Baudarlehen machen einen Gesamtwert von 1,8 Millionen aus.

Der Gesundheitszustand der lippischen Bevölkerung

ist in den letzten Jahren im allgemeinen günstig gewesen. Einen guten Maßstab für die Besserung der Volksgesundheit haben wir in den Ergebnissen der Schuluntersuchungen, die regelmäßig von 4 Kreisärzten mit Unterstützung der Bezirksfürsorgerinnen durchgeführt werden. Sobald es die Zeit erlaubt, soll das gefundene Material statistisch verwertet werden. Schon jetzt kann aber nachgewiesen werden, daß sich der Allgemeinzustand der Schulkinder erheblich gebessert hat im Verhältnis zu den ersten Jahren nach dem Kriege und während der Inflationszeit. Bei Feststellung des Allgemeinzustandes, d. h. Körperbau, Ernährungszustand, Aussehen usw. erhielten die Schulkinder durchschnittlich die Noten 1, 11,4 Proz., 2. 76,3 Proz., 3. 12,3 Proz. Das ist ein sehr gutes Resultat, da ein gewisser Prozentsatz der Kinder infolge angeborener Leiden, Erkrankungen usw. stets ausfällt. Fast ganz verschwunden sind infolge der regelmäßigen Schuluntersuchungen die sog. Schmutzkrankheiten, Verlausung und Krätze. Auch Folgen von Rachitis werden kaum noch angetroffen.

Einen breiten Raum in der Gesundheitsfürsorge nimmt nach wie vor

die Tuberkulosenfürsorge

ein. Aus dem Berichtsjahr 1927 wurden übernommen 1867 in Fürsorge befindliche Tuberkulöse. An Neuzugängen waren 1540 zu verzeichnen.

Von 224 Offentuberkulösen hatten

	vor	nach Einrichtung der Tuberkulosenfürsorgestelle
ein eigenes Bett	194	211
ein besonderes Schlafzimmer	94	109
ein eigenes Bett in einem Schlafzimmer, das mit 1 Erwachsenen belegt wurde	51	62
kein eigenes Bett hatten		13

zum Teil aus Platzmangel, zum Teil aus dringendsten Anweisungen der Tuberkulosefürsorgestellen nicht befolgt werden.

Die Wohnungsfrage spielt bei der Bekämpfung der Tuberkulose bei uns immer noch eine besondere Rolle.

Ein weiteres, die Allgemeinheit interessierendes Gebiet der Gesundheitsfürsorge betrifft die Krüppel-Fürsorge, deren Organisation jetzt über 5 Jahre hindurch durchgeführt worden ist.

38 Schwestern arbeiten jetzt mit großem Erfolg in den Gemeindepflegestationen.

Die Hilfe der Invalidenversicherung

ist bei der Durchführung der Heilfürsorge bei tuberkulösen Kindern sehr wertvoll. Die Landesversicherungsanstalt hat in 128 Fällen Zuschüsse zu Kuren in ihrem eigenen Kinderheim im Harz, in 40 Fällen zu Kuren an der Nordsee und in 34 Fällen bei aktiver fortschreitender Tuberkulose in Kinderheilstätten gewährt.

Die zentrale Wasserversorgung

wird jetzt immer häufiger von Gemeinden durchgeführt. Dieser Umstand wird eine einheitliche Verordnung vielleicht notwendig machen, damit der Bevölkerung Gewähr geboten wird, daß sie einwandfreies Wasser bekommt und von den Gemeinden nicht erst erhebliche Mittel vergeblich aufgewandt werden.

Die Abwässerbeseitigung

bereitet einzelnen Stellen große Schwierigkeit, da in Lippe große Flußläufe oder Seen fehlen, in die die geklärten Abwässer unbedenklich hineingelassen werden können. Die einwandfreie Klärung hat an verschiedenen Stellen außerordentlich hohe Kosten verursacht.

Stand der Ferngasversorgung

Die Tätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich zunächst auf die Verhandlungen mit der Ruhrgas-A.G. und den Abschluß eines Gaslieferungs- und Demarkationsvertrages. Die Ruhrgas-A.G. hat sich verpflichtet, in dem Versorgungsgebiet der Westfälischen Ferngas-A.G. die Gasverteilung, abgesehen von der direkten Belieferung ihrer Aktionäre und deren Konzernwerke, ausschließlich der Westfälischen Ferngas-A.G. zu überlassen. Von den zur Gasversorgung erforderlichen Leistungen baut die Ruhrgas die großen Durchgangsleitungen Ruhrgebiet Siegen und Ruhrgebiet Minden-Hannover, die Abzweigleitungen werden von der Westfälischen Ferngas-A.G. gebaut. Die Leitung Letmathe-Neheim-Hüsten, Freienohl ist bis auf einige Eisenbahnkreuzungen fertiggestellt. Gaslieferungsverträge sind abgeschlossen mit Altena und Siegen, sowie mit den Vereinigten Gaswerken Westfalen zur Versorgung des Amtes Warstein und des Kreises Meschede; außerdem sind verschiedene Verträge mit industriellen Abnehmern festgelegt. Der Streit mit der Stadt Herford ist beigelegt. Verhandlungen über einen Gasbezug mit der Stadt Herford sind für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Die Bearbeitung der Aufschlußmöglichkeit von Ostwestfalen und Lippe ist für den Frühsommer dieses Jahres vorgesehen. Allgemein kann gesagt werden, daß der größte Widerstand gegen die Gasfernversorgung im Schwinden begriffen ist und daß im laufenden Jahre mit nennenswerten Abschlüssen gerechnet werden kann.

Unser Verhältnis zu Wesertal

hat durch das Verhalten der übrigen Beteiligten eine ernste Trübung erfahren, die besondere Maßnahmen erfordert. Sie werden es verstehen, wenn ich mir namens des Landespräsidiums vorbehalte, darüber im Hauptausschuß oder im Landtage als Kommission weitere und nähere Mitteilungen zu machen.

Damit bin ich am Schlusse. Ich gebe auch diesmal der Hoffnung Ausdruck, daß es der gemeinsamen Arbeit von Landtag und Landespräsidium gelingen werde, den Haushaltsplan rechtzeitig, d. h. vor dem 1. April d. Js., in sachlich vertretbarer Form zu verabschieden. Aber ich möchte ferner nicht schließen, ohne die Aufmerksamkeit des Landtags noch einmal auf die schweren Folgen der Wirtschaftskrise gelenkt zu haben, die für viele Tausende unserer Landesbewohner schwerste Not und Entbehrung bedeutet, und die uns veranlassen muß, mit daran zu arbeiten, daß eine Wendung zum Besseren eintritt. Die Zeiten sind schlecht — gewiß, aber wir sagen mit Goethe, daß wir dazu da sind, sie besser zu machen.

*

In dem Bericht über die Rede des Herrn Drake in der gestrigen Ausgabe ist irrtümlich gesagt worden, für die Förderung des Fremdenverkehrs seien 350 000 RM. mehr in den Etat eingestellt worden. Es muß natürlich heißen 3500 RM.

Kritische Bemerkungen zur Landtagsvorlage 24

Von Oberbürgermeister Dr. Peters-Detmold

In diesen Tagen wird der Gesetzentwurf über die Errichtung einer Lippischen Wohnungskreditanstalt veröffentlicht. Der ganze Gesetzentwurf umfaßt nur fünf Paragraphen. Trotz seiner Kürze ist aber das Gesetz von einschneidender Bedeutung und erheblicher finanzieller Tragweite. Nach § 1 wird für das Land Lippe eine Wohnungskreditanstalt errichtet. Ich gehe wohl in der Annahme nicht fehl, daß diese Wohnungskreditanstalt in Anlehnung an die Lippische Landesbank errichtet wird. Diese Wohnungskreditanstalt soll der Wohnungsfürsorge in Lippe dienen. Insbesondere soll sie zu Gunsten der minderbemittelten Bevölkerung und der wirtschaftlich schwachen Teile des Mittelstandes das Baukapital für Wohnungsbauten durch Gewährung von Darlehen und Zinszuschüssen oder durch Uebernahme von Bürgschaften beschaffen. Mit dieser Maßnahme, welche die Konzentration von Kapitalien für den Wohnungsbau herbeiführen soll, wird sich jeder einverstanden erklären können. Anders liegt es mit der Bestimmung des wichtigen § 3. Dieser besagt:

„Die bisher aus Mitteln der Entschuldungssteuer gegebenen Darlehen und die zu deren Sicherheit bestellten Hypotheken sowie die angesammelten Guthaben gelten mit der Errichtung der Wohnungskreditanstalt als auf sie übertragen." Das bedeutet in der Praxis nichts anderes, als daß die Hypotheken, welche aus Mitteln der Entschuldungssteuer entstanden sind, nunmehr endgültig auf den Staat Lippe übertragen werden. Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß das Landespräsidium bisher die Frage, wem diese Hypotheken endgültig zufließen sollen, offengelassen hat. Die Hypotheken sind zwar auf das Land Lippe eingetragen worden, damit sollte aber nicht endgültig festgelegt werden, daß diese Hypotheken Eigentum des Landes sein sollten.

Der Gesetzentwurf ändert die Stellungnahme des Lippischen Landespräsidiums vollkommen, denn er überführt die Hypotheken endgültig in den Besitz des Staates. Gegen diese Maßnahme muß vom Standpunkte der Städte und Aemter der schärfste Protest erhoben werden. Bedeutet doch die endgültige Uebertragung der Hypotheken nichts anderes, als daß der Lippische Staat auf Kosten der Städte und Aemter seinen Vermögensstand um mindestens 3½ bis 4 Millionen verbessert. Eine derartige Maßnahme muß den Unwillen der städtischen und ländlichen Bevölkerung hervorrufen. Wenn auf der einen Seite das Landespräsidium in der Einführung zum Staatshaushaltsplan für 1930 erklärt, es sei nicht angebracht, Vorschläge zur Aenderung des inneren Finanzausgleichs zu unterbreiten, so muß es auf der anderen Seite zum mindesten die Verwunderung der beteiligten Städte und Aemter hervorrufen, wenn in der Frage der Mietzinssteuerhypothek jetzt das Land eine endgültige Entscheidung durch Uebertragung der Hypotheken auf die Wohnungskreditanstalt fällt. Das bedeutet tatsächlich nichts anderes, als eine Vorwegnahme des inneren Finanzausgleichs auf einem bestimmt umgrenzten Gebiete. Das Land sichert sich endgültig den Besitz von zur Zeit 3½ bis 4 Millionen, ohne gleichzeitig den inneren Finanzausgleich zu ändern. Darin liegt zweifellos eine Benachteiligung der Städte und Aemter. Ich glaube, daß eine derartige bevorzugte Behandlung dieses Gebiets der Billigkeit und Gerechtigkeit nicht entspricht. Es ist bekannt, daß die meisten lippischen Städte und Aemter, ganz zu schweigen von den ländlichen kleineren Gemeinden, sich in finanzieller Bedrängnis befinden. Wenn im Jahre 1929 die Etats der Städte und Aemter unter dem Drucke der Regierung in den meisten Fällen ausgeglichen sind, so hat das nur zur Folge gehabt, daß zahlreiche Arbeiten, auch solche dringlicher Natur, von den Gemeinden zurückgestellt worden sind. Die Schäden, welche sich aus der Zurückstellung dringlicher Arbeiten in den Gemeinden ergeben, werden naturgemäß erst in den nächsten Jahren zutage treten. Dann aber wird sich mit aller Deutlichkeit zeigen, daß es falsch ist, wenn dringliche Wegeunterhaltungsarbeiten nicht ausgeführt werden. Für das Jahr 1930 liegen die Verhältnisse so, daß vermutlich in einer Anzahl von Fällen wieder Haushaltsvoranschläge mit Fehlbeträgen aufgestellt werden müssen. Von dem Amte Brake ist bekannt geworden, daß sein Haushaltsvoranschlag mit 130 000 Mark Fehlbetrag abschließen soll.

Bei Berücksichtigung dieser Verhältnisse sollte m. E. das Landespräsidium lieber einen Weg suchen, der es den Städten und Aemtern ermöglicht, aus der Wirtschaft der Fehlbeträge herauszukommen. Ein derartiger Weg wäre dann mit Sicherheit zum Teil gegeben, wenn das Land Lippe das täte, was in Preußen von Anfang an geschehen ist, nämlich die Eintragung der Mietzinssteuerhypothek auf die betr. Gemeinden. Ich richte daher in aller Oeffentlichkeit an die Herren Landtagsabgeordneten die Bitte, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob nicht richtiger die Hypotheken für die Gemeinden und nicht für das Land Lippe eingetragen werden.

In gelegentlichen Unterredungen mit Bürgern der Stadt Detmold begegne ich immer wieder dem Einwande, wie es möglich sei, daß die Stadt Detmold bei den hohen in Detmold erhobenen Steuern kaum ihre Ausgaben decken, evtl. sogar mit Fehlbeträgen arbeiten müsse. Das gilt insbesondere für die Aufbringung der Mietzinssteuer, welche sich in der Bürgerschaft allgemein keiner Beliebtheit erfreut. Die wissen aber, wie die Verhältnisse tatsächlich liegen. Für das Jahr 1929 liegen sie folgendermaßen: Die gesamte Entschuldungssteuer für alte Häuser in Detmold beträgt (geschätzt) 399 000 M.; ⅓ dieses Betrages = 171 000 Mark, werden zur Förderung des Wohnungsbaues verwandt. Hierzu tritt das Gesamtaufkommen für Neubauten mit 16 000 Mk., so daß insgesamt 187 000 Mark zur Verfügung stehen. Rechnet man die Hebungskosten mit 4 Proz. ab, so verbleiben zur Förderung des Wohnungsbaues 179 520 Mark. ⅓ dieses Betrages = 143 616 Mark werden für Hypotheken (Eigentum des Landes Lippe) eingetragen. ⅓ = 35 904 Mark fließt in den Wohnungsausgleichsfonds des Landes Lippe. Weitere ⅓ = 171 000 Mark fließen dem Lande zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs zu. Nur der Rest von ⅙ = 57 000 Mark verbleibt der Stadt Detmold zur Deckung ihres Finanzbedarfs. Dieser Verteilungsmaßstab zeigt mit aller Deutlichkeit, daß der größte Teil des Steueraufkommens, nämlich ⅔, dem Lande Lippe zufließt und nur ⅓ der Stadt für ihre eigenen Zwecke verbleibt. Wer diese Zahlen liest, wird es verstehen, daß vom kommunalen Standpunkte aus der schärfste Widerspruch gegen die endgültige Uebertragung der Mietzinssteuerhypotheken auf das Land Lippe erhoben werden muß. Welche Summen für die Stadt Detmold insgesamt für die Zeit von 1924 bis 1929 in Frage kommen, zeigt die nachstehende Tabelle:

Jahr	Hypotheken	Wohnungsausgleichsfonds des Landes Lippe
1924	151 541 RM.	16 837 RM
1925	173 659 „	19 295 „
1926	144 877 „	16 097 „
1927	166 820 „	18 535 „
1928	152 096 „	38 024 „
1929	143 616 „	35 904 „
	932 609 RM.	144 692 RM.

Die Stadt Detmold soll also nach dem Gesetzentwurf nicht weniger als 932 609 RM. Hypotheken, die von den Bürgern der Stadt Detmold aufgebracht sind, endgültig verlieren. Was es bedeuten würde, wenn die Stadt Detmold diese Hypotheken im eigenen Besitz hätte, bedarf keiner weiteren Ausführung. Wenn auch der größte Teil dieser Hypotheken z. Zt. nur mit 1 Proz. verzinst wird, so ist es doch klar, daß der Zinsfuß in absehbarer Zeit steigen wird; dann bedeuten aber die Zinseinnahmen eine ganz erhebliche Summe. Sie würde zunächst dazu zu verwenden sein, die Wohnungsnot zu beseitigen; der Zeitpunkt, wo die Wohnungsnot behoben ist, ist aber absehbar. Es ist klar, daß in dem Zeitpunkte, in dem die Wohnungsnot behoben ist, auch der Staat die Zinsen aus den Mietzinssteuerhypotheken nicht mehr für Wohnungsfürsorge, sondern entweder für allgemeine Fürsorgezwecke oder für sonstige Aufgaben des Staates verwenden wird. Es ist m. E. nicht einzusehen, warum die Zinserträge und das Kapital nicht an die Stellen zurückfließen sollen, welche die steuerlichen Lasten jahrelang getragen haben. So erscheint mir zum Schluß die Forderung durchaus begründet, daß diese Hypotheken nunmehr endgültig nicht auf das Land, sondern auf die Städte und Aemter eingetragen werden. Man mag beide Körperschaften dazu verpflichten, das Kapital und die Zinsen in zweckentsprechender Weise zu verwerten. Man soll aber nicht derartig große Summen von der Regelung des inneren Finanzausgleichs ausnehmen.

Der Staat hat bei dieser Frage Gelegenheit, den Städten und Aemtern, ohne eigenen Verlust, Vermögenswerte zuzuführen, auf die sie von Rechts wegen Anspruch erheben können. Selbstverständlich sind diese Vermögenswerte in der heutigen Zeit besonders willkommen, weil sie den Städten und Aemtern neue Kreditmöglichkeiten eröffnen.

Die Kaufmannsjugend im Wettstreit

An den innern Kaufmannsschulen werden heute weitaus größere Ansprüche gestellt, als es noch vor einigen Jahren der Fall war. Die fortschreitende Rationalisierung der Betriebe und die damit verbundene Spezialisierung bringen es mit sich, daß dem größten Teil der Kaufmannsjugend in der Lehre selbst nicht mehr die Möglichkeit gegeben wird, sich die allseitigen, uns umfassenden Berufskenntnisse anzueignen, die später im Leben von ihm verlangt werden. Es besteht die Gefahr, daß die reichhaltig vorhandenen Bildungsmittel nicht rechtzeitig ausgenützt werden.

Um nun dem einzelnen zu zeigen, wo er in seiner Berufsausbildung anzusetzen hat, veranstaltet der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband Berufswettkämpfe, die er nicht nur für seine Mitglieder, sondern für sämtliche männliche Kaufmannslehrlinge und Kaufgehilfen bis zu 21 Jahren durchführt. Die Teilnehmer an einem solchen Wettkampf haben neben sogenannten Situationsaufgaben, die die Möglichkeiten zu selbständigem Handeln und zum logischen Denken erweisen sollen, einige Aufgaben in kaufmännischem Rechnen zu lösen und ihre Fertigkeiten in der Kurzschrift zu zeigen. Die Bewertung der Arbeiten liegt in Händen eines Wettkampfausschusses. Der Wettkampf findet für unsere Gegend am Sonntag, dem 30. März, vormittags, statt. Anmeldungen sind umgehend bei dem Jugendführer, Herrn Anmut Cordsmeier, Schötmar, Pfarrkampweg 1, abzugeben, der über Einzelheiten gern Auskunft gibt.

„Alpine Monatshefte". München 19. Mit der bekannt drucktechnisch hervorragenden Ausstattung bringt das neue Februarheft dieser führenden Reise- und Alpenzeitschrift wiederum eine reiche Auswahl wertvoller Beiträge. Wir erwähnen den aufschlußreichen Aufsatz von O. Koewen über die „Adelsberger Grotte", die älteste und schönste Kalksteinhöhle Europas, ferner eine Arbeit des Altmeisters Georg Blab über die Anfänge des Skisport in Bayern und den köstlichen Bericht von Albert Winkler über das winterliche Passionsdorf Oberammergau unter dem Titel: „Zwischen Weihnacht und Neujahr". Zwei Kurzgeschichten von Axel Vanden und Roland Betsch, eine Plauderei von Willy Kreeß: „Von frohen und unfrohen Reiseerlebnissen", ein Beitrag Richter Richters: „Verkehrsfeiern und Blutdruck" sowie Reiseberichte über „Marseille" und „Italien" schließen noch zum Hauptinhalt des so bunten und reichen Heftes, das vom Verlag zum Preise von 90 Pf. zu beziehen ist. Diejenigen Leser unserer Zeitung, welche die schönen „Alpinen Monatshefte" noch nicht kennen, erhalten Probehefte zum Ausnahmepreis von 30 Pf. (in Briefmarken beilegen oder auf Postscheckkonto München 24 870 einzuzahlen).

Aus dem Bilderbuch der Natur. 56 Kunstdrucktafeln. Auswahl und Einleitung von Walter Sarc. Preis kart. 3,50 RM. Franckh'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. — Diese Sammlung wundervoller Naturbilder, die es bisher nur als Werbeprämie für Kosmos-Mitglieder gab, kann jetzt, nachdem die dafür angesetzte Frist abgelaufen ist, auch gekauft werden. „Aus dem Bilderbuch der Natur" von Walter Sarc ist jetzt für den Preis von 3,50 RM. kartoniert im Buchhandel zu haben.

Der 5. Band des „Großen Brockhaus" erscheint Ende März. Wie wir soeben erfahren wird der 5. Band des größten volkstümlichen deutschen Nachschlagewerks Ende März ausgeliefert werden. Es ist erfreulich, daß der Verlag die seinerzeit angekündigte und für ein so schwer durchzuführendes Unternehmen überraschend schnelle Erscheinungsweise pünktlich einhalten kann. Der „Große Brockhaus", der mit dem neuen Band bis zum Buchstaben F fortgeschritten sein wird, wird für ein Menschenalter seine Dienste als gewissenhafter Berater des Menschen von heute erfüllen — die schnelle Folge des Erscheinens ist dabei nicht von zu unterschätzendem Wert für alle Bezieher und solche, die es noch werden wollen. Wir werden den neuen Band nach Erscheinen an dieser Stelle besprechen.

Zeitschriftenschau. Daheim (66. Jahrg. Nr. 21). Ein vielfarbiges, auch textlich buntes Heft, das aktuell im besten Sinne ist. Ein wundervoll illustrierter Aufsatz über die päpstliche Schweizergarde, die seit der Neuerrichtung des Kirchenstaates wieder in den Vordergrund des Interesses und des öffentlichen Lebens in Rom rückte. Sehr klar entwickelt Otto Motzori in einem Aufsatz das Anschwellen der Welle des Selbstbestimmungsrechts der Völker rund um den Erdball: Türkei — Aegypten — Arabien — Indien — Fernost — Samoa — Philippinen — USA. — Europa. Gegenwärtig tritt der rheinische Schriftsteller Steamweit mit einer Reportage: „Der Kaufmann mit Radio und Rollschuh", an, während Anton Lübke vom japanischen Nara, der Stadt der heiligen Hirsche, erzählt. Dies einiges aus dem Inhalt des guten Heftes, das natürlich auch Roman, Novelle, Frauenaufsätze, Briefecken, Rätsel usw. enthält.

Kleine Chronik

Eine Verminderung der Reichsbahndirektionen von 30 auf 29 wird am 1. April eintreten, da die Reichsbahndirektion Würzburg aufgelöst und mit der Direktion Nürnberg vereinigt wird. Eine weitere Verringerung wird im Rahmen der großen Verwaltungsreform angestrebt.

*

Zu einer bedrohlichen Konkurrenz für die Reichsbahn hat sich das Kraftposten-System in der Provinz Oberschlesien entwickelt, wo die Gesamtstreckenlinien des Kraftpostverkehrs bereits eine Länge von 1080 Kilometer erreicht haben und damit nahezu so groß sind wie die Gesamtlänge der Eisenbahnstrecken in dieser Provinz.

*

Ein Dampfer überfuhr eine Villa, die unmittelbar an einem Privatkai am Bosporus gelegen ist. Der Kapitän des Dampfers wollte die Lotsengebühren für die Bosporus-Durchfahrt sparen, geriet dabei in eine der außerordentlich starken Strömungen des Bosporus, von der dann der Dampfer gegen den Kai getrieben wurde und mit dem Bug die Villa rammte, in deren Teesalon sich gerade eine Gesellschaft beim 5-Uhr-Tee befand. Die ersparten 20 Mark Lotsengebühren werden damit auf 35 000 Mark Schadenersatz zu stehen kommen.

*

Die Bücherzahl der größten Bibliotheken belief sich 1928 in der Pariser National-Bibliothek auf 4,5 Millionen Bände, in der Leningrader Staats-Bibliothek und der der russischen Akademie der Wissenschaften auf je 4 Millionen, in der Bibliothek des Britischen Museums in London auf 3,15 Millionen, in der Neuyorker Stadt-Bibliothek auf 2,97 und in der Preußischen Staats-Bibliothek auf 2,2 Millionen Bände.

*

Post-Dienst am Kunden ist anscheinend doch kein Märchen mehr. Jedenfalls erzählt man sich in Berlin die Geschichte von einem Briefträger, der eine Postkarte in englischer Sprache zu bestellen hatte und den Empfänger vorsorglich fragte, ob er auch englisch könne, sonst wolle er ihm die Karte übersetzen.

*

Eine Flugzeugjagd auf Heringe hat zum erstenmal mit bestem Erfolg der Deutsche Seefischereiverein veranstaltet. Er stieß angesichts auffallender Verspätung der gewohnten Heringsschwärme ein Flugzeug starten, das sie denn auch richtig in der deutschen Nordseebucht aufspürte.

*

Großen Jubel erregten die Kraniche des Mikado, die in den Gärten des kaiserlichen Schlosses nisten und jetzt zwei Junge ausgebrütet haben. Laut japanischer Ueberlieferung ist damit dem Kaiser Hirohito glückliches und langes Leben gesichert.

*

Ein feines Geschäft bedeutet die Prohibition in den U.S.A. für Kanada, das im Jahre 1929 für 20,8 Millionen Dollar alkoholische Getränke nach den U.S.A. ausgeführt hat. Das sind nahezu 70 Proz. der kanadischen Gesamtausfuhr an alkoholischen Getränken.

Deutsche Turnerschaft

Lippischer Turngau

TV. „Jahn" Minden — TV. Gladbeck

Am kommenden Sonntag steht in Detmold ein Handballgroßkampf an, der sehr interessant zu werden verspricht. Im Kampf um die Westfalenmeisterschaft stehen sich auf dem Pinneichenplatz TV. „Jahn" Minden, der Vertreter der Kreisgruppe Minden-Ravensberg-Lippe, und der Sieger des Münsterländischen Gaues, TV. Gladbeck, gegenüber.

Beide Mannschaften sind in Lippe nic

Aus dem Vereinsleben

Gau-Versammlung des „Bundes Königin Luise". Der Landesverbands-Pressewart des „Bundes Königin Luise", Frau Linn-Löhr, hatte am 17. Febr. alle Ortsgruppen-Führerinnen und Pressewarte des Gaues Westfälische Pforte und Länder Lippe" in Bielefeld versammelt. Das Wort „Zeitung" beherrschte die Tagung, die der eingehenden Besprechung der Hallenser Tagung vom Januar gewidmet war. Dieses Thema wurde technisch, historisch, sowie vom kulturellen und religiösen Standpunkt aus behandelt. Die Zeitung ist des Menschen „Haut", eine Haut mit „Poren", durch die nur ganz bestimmte Einflüsse hindurch wirken. Diese Einzelwirkung ist zugleich der Schlüssel zu ihrer Massenwirkung auf die Gesamtheit des Leserkreises und macht die Presse zur ersten Großmacht unter den Menschen. Wer die Presse hat, siegt. Darum bekämpft unser Bund eine antinationale, eine antireligiösen, eine zersetzende, eine schmutzige Presse. Darum gibt er an alle seine vielen tausend Mitglieder die Losung aus: Lest, abonniert, kauft nur gute nationale Zeitungen und Zeitschriften, die dem internationalen Gedanken und dem Kultur-Bolschewismus entgegenarbeiten. Das ist auch ein treuer Dienst am Vaterland! In diesem Dienst steht unsere Bundeszeitung mit an erster Stelle. Also: hinein mit gutem Lesestoff in die Zeitungen, hinein mit der Bundeszeitung in das Haus jeder Kameradin! Es lohnt! Buchdruckerschwärze ist das heiligste Schießpulver im Kampf unserer Tage, das größten Schaden oder größtes Heil bringen kann. Möchte treue und frohe Arbeit im Pressedienst der guten Waffe den Sieg geben!

*

Der Werkmeister-Bezirksverein Detmold hält seine nächste Monatsversammlung statt am 1. am 2. Sonnabend im März, im Hotel zum Hermann ab. Am 1. März ist als Abschluß der Fastnachtszeit ein Kappenfest im Volkshaus im neu hergerichteten Saale. Der Humor soll voll und ganz zur Geltung kommen. Herr Kroll vom Landestheater wird dazu den Auftakt geben. Die Kollegen mit ihren Damen und alle Freunde des Werkmeister-Vereins sind herzlich willkommen zum gemeinsamen Verbringen einiger fröhlicher Stunden.

*

Garde-Verein Lippe. Die Hauptversammlung des Garde-Vereins Lippe fand am Mittwoch, dem 5. Febr., abends 8 Uhr, im Vereinslokal Hotel Kaiserhof statt. Der Vorsitzende, Kamerad von Donop, begrüßte die anwesenden Kameraden und dankte für das zahlreiche Erscheinen. Er gedachte dann der teuren Gefallenen, und zur Ehrung erhoben sich die Kameraden von ihren Plätzen. Nach einem Rückblick auf das verflossene Geschäftsjahr und einem Hoch auf unseren allverehrten Reichspräsidenten, der uns allen Soldaten stets ein Vorbild bleiben möge, wurde in die Tagesordnung eingetreten und dem 1. Schriftführer, Kamerad Neuschede, das Wort zur Verlesung des Jahresberichts erteilt. Wie er berichten konnte, ist die Mitgliederzahl von 37 auf 69 im zweiten Geschäftsjahre gestiegen. Verluste hatte der Verein erfreulicherweise nicht zu beklagen. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht und ist dieses ein Beweis dafür, welch ein guter Kameradgeist bei den alten Gardisten herrscht. Die vorgesehenen Veranstaltungen sowie der Sommerausflug haben einen sehr guten Verlauf genommen. An der 60. Jubelfeier des Lippischen Kriegerbundes ist der junge Verein zum erstenmal an die Öffentlichkeit getreten. Für die Ausarbeitung der Vereins-Satzungen war ein Ausschuß gewählt worden und konnte nach Fertigstellung derselben einem jeden Kameraden ein Stück ausgehändigt werden. Schatzmeister Kamerad Nord erstattete den Kassenbericht, und ist nach Auslage der beiden Kassenprüfer die Kasse mustergültig geführt worden. Gern erteilte die Versammlung dem Kassierer Entlastung. Über das Kriegerfestwesen sprach Kamerad Strüve. Es wurde beschlossen, in Zukunft von den eventuellen Überschüssen jeder Vereinsveranstaltung einen Teil den Kriegerwaisen zukommen zu lassen. Im weiteren Verlauf des Abends gab der Vorsitzende die von dem Protektor des Rhein.-Westf. Garde-Verbandes Prinz Eitel Friedrich, dem Vorsitzenden des Rhein.-Westf. Garde-Verbandes, Major a. D. Busch, und vom Kameraden General a. D. Winkler eingegangenen Grüße an die Kameraden bekannt. Gleichzeitig wünschten sie dem Verein weiteres Wachsen, Blühen und Gedeihen. Nachdem noch verschiedene Anregungen erledigt und den Kameraden empfohlen war, daß jeder die Garde-Zeitschrift abonnieren möchte, wurde die Versammlung geschlossen. Kamerad General a. D. Freiherr Binck sprach dann im Namen aller Kameraden dem Gesamtvorstand für die geleistete Arbeit besten Dank aus.

*

Rheinisch-Westfälischer Lippe-Bund. Am 29. Januar fand in Essen die 2. Bundestagung des RG.-B. L.-B. statt. Die Brudervereine Gladbeck, Herne, Sodingen, Bochum, Gelsenkirchen, Buer, Essen und Bottrop waren an dieser Tagung erschienen. Der Lippe-Verein Recklinghausen war ebenfalls gekommen, mußte aber wohl verhindert sein. Der Bundesvorsitzende, Landmann Reuter aus Bottrop, eröffnete um 7.45 Uhr die Versammlung und begrüßte die Anwesenden aufs herzlichste. Die Tagesordnung lautete: 1. Gründung einer Bundessterbekasse. 2. Bundesadel. 3. Bundesfest. 4. Verschiedenes. Alle 4 Punkte wurden von den Delegierten recht ausgiebig besprochen. Die Bundessterbekasse soll zwecks weiterer Regelung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt werden. Die neue Bundesnadel wurde vorgelegt und den einzelnen Vereinen ausgestellt. Die Nadel zeigt die lippische Rose auf gelb-rotem Untergrund. Das erste Bundesfest soll am 3. August in Bottrop gefeiert werden. Hierzu sind schon jetzt alle Landsleute recht herzlich eingeladen. Der Vorsitzende des Lippe-Vereins Bottrop betonte, der Lippe-Verein Bottrop würde sich alle Mühe geben, um den Landsleuten ein paar recht fröhliche Stunden zu bereiten. Unser Punkt Verschiedenes regte der Lippe-Verein Gladbeck an, sämtliche Mitgliederlisten nebst Geburtsort der einzelnen Mitglieder sowie deren Frauen untereinander austauschen, um so die landsmännische Bekanntschaften besser erneuern zu können. Nach einer recht anstatteten Aussprache über sonstige Vereinsangelegenheiten schloß der Bundesvorsitzende Reuter die Bundestagung, nachdem vorher noch der Vorsitzende Beermann des Essener Lippe-Vereins die Delegierten als Gäste des Essener Vereins begrüßt hatte. Die Parole für alle Landsleute muß jetzt lauten: Auf Wiedersehen am 3. August 1930 beim 1. Bundesfest des Rheinisch-Westfälischen Lippe-Bundes in Bottrop. Alle weiteren Auskünfte erteilt gern der Bundesvorsitzende Carl Ad. Reuter, Bottrop, W.-Hoch-Straße 11, Telefon 2286.

Brief-Kasten

Witwenrente aus der Invalidenversicherung des Ehemanns. Heute besitzen die Frauen Anspruch auf Witwenrente aus der Invalidenversicherung ihres Ehemannes. Voraussetzung für den Anspruch ist, daß der verstorbene Ehemann die Wartezeit für die Invalidenrente zurückgelegt hatte und die Anwartschaft inzwischen nicht wieder erloschen war. Die Witwe muß ferner, soll ihr die Rente zugesprochen werden können, dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes sein oder nach 26 Wochen ununterbrochener Erwerbsunfähigkeit oder nach Bezug des Krankengeldes weiter invalide bleiben. Nach Vollendung des 65. Lebensjahres wird die Rente auf Antrag ohne weiteres ausgezahlt. Die Witwenrente ist niedriger als die Invalidenrente, sie beträgt 6 Zehntel des Grundbetrages und des Steigerungsbetrages der Invalidenrente, die der Verstorbene zur Zeit seines Todes bezogen hat oder beziehen hätte, zuzüglich eines festen Reichszuschusses von gegenwärtig jährlich 72 Mark. Ihre Zahlung beginnt mit dem ersten Tage des Sterbemonats des Ehemannes, wenn dieser keine Rente bezogen hatte, anderenfalls am ersten des nächsten Monats. War die Witwe an diesem Tage noch nicht invalide, so beginnt die Rente mit dem Zeitpunkt des Eintritts ihrer Invalidität. Bei Wiederverheiratung fällt die Witwenrente fort, es wird dann eine Abfindung in der Höhe einer Jahresrente gezahlt. Die hinterbliebenen Kinder erhalten bis zum 15. Lebensjahre oder auch darüber hinaus bis zur Beendigung einer Schul- und Berufsausbildung, längstens aber bis zum 21. Lebensjahre eine Waisenrente.

Todesanzeige

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief sanft heute mittag 1 Uhr mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwiegervater u. Großvater, der

Zimmermeister

Wilhelm Friedrich

im 66. Lebensjahre

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Luise Friedrich geb. Holtmann
und Kinder nebst Angehörigen

Augustdorf, den 24. Februar 1930

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 27. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt

---

Nachruf

Am Montag mittag 1 Uhr verschied nach kurzer schwerer Krankheit unser Ehrenmitglied

Herr Zimmermeister

Wilhelm Friedrich

Wir verlieren in ihm einen unserer Besten und werden ihm ein stetes Andenken bewahren

Kegelklub „Heidekugel"

Augustdorf, 25. Februar 1930

Statt Karten

Für die überaus vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Verstorbenen, für die vielen Kranzspenden, insbesondere auch Herrn Pastor Zeiß für die trostreichen Worte sowie allen Abordnungen und Vereinen sagen herzlichsten Dank

Familie Wienke

Brakelsiek, den 25. Februar 1930

Legehennen stets am Lager
Eintagsküken
Dreiwochenküken
Bruteier
von Leghorn u. Rhode-Inländer, Peking-Enten
Geflügelfarm Heiligenkirchen

Frühbeetfenster
in allen Preislagen.
Müller
Schlangen 227/2 i. L.

In 3 Tagen
Nichtraucher
Auskunft kostenlos!
Sanitäts-Depot
Halle a. S. 114 a

Billiger geworden alle Sorten **Käse!**
Große Mainzer
4 Stck. 30 Pf., Kiste 4.25
ff. Harzer
8 Stck. 25 Pf.,
Kiste 1.70 M.
Auch westf. Koch-Mettwurst, Pfd. 1 M., bei
Adolf Ubbe, Detmold
Krumme Straße
Ecke Wehmstraße

Schwache Nerven

sind die Grundursachen der meisten Krankheiten. Bei Blutarmut, Herzklopfen, Schwächezuständen aller Art, Zittern, Appetitlosigkeit, nervösen Magenbeschwerden soll mann Doppelherz, das anerkannte Nerven kräftigungsmittel nehmen. Probeflasche M 2.56 große Flasche 4,50 u. 5,50.

Doppelherz-Depotes 1,50 Mk.

Niederlage in Detmold: Dropeer. Ludw. Daniels, Lange Straße 5; Drog. R. Heinemann Nachf., Inh. K. Bindel; Markt-Drogerie C. Köhler; Drogerie Nagel, Paulinenstraße 41; Freiligrath-Drogerie E. Petri, Brandstraße 10. Oerlinghausen: Drog. C. Schlaffke. Horn: Teutonia-Drog. C. Führing. Lage: Kreuz-Drogerie Wilh. Borsdorf. Schötmar: Bahnh.-Drogerie Karthaus. Bösingfeld: Apotheke Dr. J. Kobbe.

Gute Verdauung
und dadurch
frisches Aussehen
schöne Haut
durch: (14363

WOPURGIN

Erhältlich zu Mk. 1.10 in allen Apotheken und Drogerien: in Detmold: Diederichs Apotheke, Hof-Apotheke, Drogerie Danjes, Freiligrath-Drogerie, R. Heinemann Nachf., Lemgoertor-Drogerie, Markt-Drogerie und Karl Mesch; in Blomberg i. L.: Drogerie Schröder; in Horn i. L.: Drogerie Schmidt; in Lemgo i. L.: Drogerie Kellner, Drogerie Nehlmeier, Drogerie Gebr. Eidagsen; in Lage i. L.: Drogerie W. Borsdorf, Drogerie C. Henneberg

---

Oberförsterei Hiddesen

1100 fm Fichten-Rutzholz 1a—3b; 2000 Stangen 1.—3., 200 4.—7. Kl.; 650 fm Kiefern 1b—4b, meist vorzügliches Schneidholz.

Am Freitag, dem 7. März, vorm. 10 Uhr, wird bei Gastwirt **Schackenshämer in Hiddesen** folgendes Holz versteigert:

1. Försterei Pivitsheide. Althorn 35 a. Distr. 62: Nr. 531—751, 761—80, 1200—77 = 289 Stück Kl. = 286 fm 2a—4b: 26 Stück Kl. = 8 fm 1a—2a Buchlocker u. Teut. Distr. 63: Nr. 901—961, 1180 bis 92, 1001—1170, 1315—16 = 174 Kl. = 186 fm 3a—4a. 173 Kl. = 120 fm 1b—3a. Düsternegrund, Distr. 64: Nr. 1290—94, 1300—12, 1316—21, 1225 bis 29, 188—308 = 36 Kl. = 16 fm, 10 Kl. = 3 fm. Gr. Ebbern. Distr. 65: Nr. 1333—43 = 8 Kl. = 2 fm 2 Kl. = 1 fm Dal., Distr. 66: Nr. 1351—67 = 17 Kl. = 5 fm. Streitbrink, Distr. 71, 72: Nr. 1944—49. 1601—2200, 2211—70, 2421—75, 2281—021, 2031—38. 2201—415, 3690 = 90 Kl. = 67 fm. 886 Kl. = 405 fm 1a—3a. Braken, Distr. 74, 75, 77, 70: Nr 791—97, 501—20, 525—37, 1381—85 = 5 Kl. = 2,70 fm. 41 Kl. = 24 fm. Ilser. Distr. 58 und 56: Nr. 56—66, 1225—39, 1245—54 = 2 Kl. = 1,50 fm 34 Kl. = 15 fm. Rübengarten, Distr 53: Nr. 69—70 = 2 Kl. = 5,78 fm 3a. 35. Schlewers Fichten, 6. d. Försterei: von Nr. 1 an etwa 700 Stang. 1.—6. Kl. Am Donnerteich. Distr. 60: Nr. 1211—21 = 8 Kl. = 7 fm. 3 Kl. = 2,70 fm. — 2. Försterei Hiddesen. An der Teutoburg. Distr. 5: Kl. Nr. 2602—32, 2641—3287 = 305 Stück Rutzh. = 57 fm 1a—2a. 756 Stang. 1.—3. 17 4. Kl., 0,8 rm Rutzh. Altarstein. Distr. 9 u. 10: Nr. 3301—669, 3901 bis 4008 = 486 Kl. = 368 fm 1a—3b. 221 Kl. = 87 fm 1a—3a. 36 Lärchen = 27 fm 1a—2b. 8 Stg. 1.—3. Kl. Dal., oberhalb d. Försterei. Distr. 11: Nr. 4162—4300 = Kl. = 76 Stück = 11 fm. 800 Stang. 1.—4. Kl.

Aufmachlisten des Kiefern-Schneidholzes ab 28. d. M. kostenlos durch die Oberförsterei.

Mitarbeiter
u. Vertrauenspersön. z. Übernahme ein.
Vermittlungsstelle für gemeinnützige Heimstätten-Finanzierung
gesucht. Es kommen nur dazu zuverlässige Herren, möglichst aus der Hypotheken- oder Versicherungsbranche, aus dem Baufach oder aus der Bauspar-Bewegung in Frage. Ausführliche Bewerbungen unter W. A. 3715 an Heinr. Eisler, Ann.-Exped., Berlin SW. 68.

Wir suchen für unser demnächst in Detmold zu eröffnendes Geschäft per sofort eine
tüchtige Kontoristin
Einarbeitung erfolgt in unserem Geschäft in Bielefeld, Niederstraße 16. Ausführliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften u. Lebenslauf sind schnellmöglichst einzureichen an: (2498
Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft
Bielefeld, Niederstraße 16

LEHRLING
für unsere Geschäftsstelle zum 1. April gesucht, nicht unter 16 Jahre.
Schriftl. Meldungen unter Nr. 2506 an die Landes-Zeitung.

Suche für sofort ein. tüchtiges (2493
Schneidergehilfen
Ernst Möller, Cappel bei Großenmarpe

● Achtung Kiesler! ●
es wird (2465
Teilhaber
i. reifer. Jahr. f. Gärtnerei u. Gemüsebau m. ein. Interesseneinlage v. 1—2000 Mk. ges. Bewerber krank. Fachm. vorhanden. Geschäft i. Betrieb. Wohn. kann gest. werd. Off. u. 253 a. d. Ann.-Verm. K. D. Küster Nachf., Bielefeld.

Ofenkolonne
mit 2 Brennern sucht Stellung für kommende Kampagne. Angeb. an:
Richard Felsner
Sümmerda i. Th.
Stadtring Nr. 31

Jung. Mann, 25 J. alt, sucht
Vertrauensposten
gleich welch. Art. Stelle Kaution v. 500—900 M.
Schriftl. Angeb. unt. Nr. 2472 an d. Geschäft. der Landeszeitung

---

Sohn achtb. Eltern als
Stellmacherlehrling
gesucht. (2467
Wilh. Grüne
Wag.- u. Karosseriebau
Detmold, Botanstr. 4

Suche z. 1. April einen
Lehrling
Ludwig Brüning
Schneidermeister
Lemgo i. L.
Echternstraße 94

Sohn achtbarer Elt. als
Schneiderlehrling
gesucht. (2504
A. Jacke, Schneidermstr.
Luftkurort Schieder i. L.
Telefon 14

Suche zum 1. oder 15. März ein ordentliches
Mädchen
f. Hausarbeit, i. Alter von 18—20 Jahren.
Frau Steffen, Herford
Brüderstraße 38
Gasthof „Zur Krone"

Suche zum 1., evtl. 15. März tüchtiges
Mädchen
18—20 Jahre. (2505
Frau Hermann Greene
Herford, Deichtorwall 9

Haustochter
f. kinderlos. Beamtenhaushalt z. 1. April gesucht. Schlicht um schl., mit vollst. Fam.-Anschl. Offerten an: (2478
Frau Pöpping
in Brake-Bielefeld

Suche zum 1. März oder später ein ordentl.
jung. Mädchen
bei Familien-Anschluß.
Restaurant
„Zum Friedenstern"
Lemgo i. L.

Stütze
i. Kochen, Nähen, Hausarbeit durchaus erfahr., zum 15. 3. nach Bielefeld gesucht. Hausmädch. vorhand. Schr. Angeb. mit Zeugn., Bild, Gehaltsanspruch. unt. Nr. 2488 an die Geschäft. der Landeszeitung.

Junges Mädchen, 21 Jahre alt, sucht Stell. a.
Stütze
in Privat- oder Pensionshaush. in Detmold oder Umgeg. z. 15. April oder später, wo Mädch. vorhanden. Schriftl. Angebote postlag. Lüdenhausen Nr. 172. (2507

Tüchtige, erfahrene
Stenotypistin
m. Buchführungskenntnissen, sucht Stellung. Gefl. schriftl. Ang. u. Nr. 2460 an die Geschäft. der Landeszeitung.

Suche z. 1. April ein nettes, sauberes
Mädchen
für Küche und Haus.
Frau Frieda Schlabeck
Herford
Bielefelder Straße 8

Suche zum 1. April für meine Tochter, 18 Jahre alt, (2316
freundl. Aufnahme
in guter Familie, wo sie sich im Haushalt u. gesellschaftlich. Formen vervollkommnen kann, am liebsten wo mehrere junge Mädchen. Angeb. mit Preisangabe an
Frau Meier-Leidler
Melle i. H.

Suche z. 1. od. 15. März ein perfektes
Mädchen
mit guten Zeugnissen.
Frau F. Niermann
Fernruf 2174
Meierei Oesel Dehme
bei Bad Oeynhausen

Nachstehende
gebrauchte Kraftfahrzeuge
habe ich besonders preiswert abzugeben:
2 Overland-Limousinen, 9/40 PS, 4türig.
1 Chrysler-Limousine, 11/60 PS, 4türig.
1 Chevrolet-Limousine, 6 Cylinder.
2 Brennabor-Limousinen, 6/35 PS.
1 Opel-Limousine, 10/40 PS, 6—Mbig.
1 Faun-Limousine, 6/30 PS.
1 Opel-Lieferwagen für Bäckerei.
Die ersteren Fahrzeuge sind ½ bis 1 Jahr alt und als bekannt gute Marken besonders empfehlenswert. (5467
Maschinenfabrik August Burre
Brake — Lemgo
Abt. Kraftfahrzeuge : Telefon 73 u. 578

Feldbahn-Material



Kauf — Miete
Muldenkipper, Kastenkipper, Ziegeletagenwagen, Absetzwagen, Schiebebühnen, schräge Unterwagen, Gleis, Weichen, Drehscheiben usw., — Sonderkonstruktionen.
2,5 u. 5 m lange Weichen für 500 u. 600 mm Spurweite, aus leichten Schienenprofilen, aus alten Beständen sofort aus Vorrat zum halben Tagespreis lieferbar —
Eisenwerk Weserhütte A.G.
Bad Oeynhausen i. W. Fernr.-Sammel-Nr. 2551.

Die Finanzierung Ihres Eigenheimes
übernimmt unter günstigsten Bedingungen der
Heimstättenbausparbund e. G. m. b. H.
Halle a. d. Saale — Zürich — Wien
Mitglied des Revisionsverbandes Deutscher Baufinanzierungs-Gesellschaften e. V.
Landesdirektion Herford, Amtshausstraße 1a
Telefon 4001 (1669
Kurze Wartezeiten! Auskunft kostenlos!
Mitarbeiter allerorts gesucht!

Schlangen i. L.
Ladenlokal
zu vermieten! 36 Quadratmeter groß, mit oder ohne Wohnung, in bester Geschäftslage, für alle Zwecke geeignet.
Schriftl. Anfragen unter Nr. 2484 an die Geschäftsst. d. Landes-Ztg.

SONDER-VERKAUF
in WASCHSAMT
Wir stellen unser gesamtes, gut sortiertes Lager zu nie dagewesenen Preisen zum Verkauf. Versäumen Sie nicht diese
günstige Gelegenheit
Waschsamt in einfarbig und bedruckt, der beliebte Kleiderstoff

Waschsamt einfarbig und bedruckt . .	1.95	Heliovel (für Morgenröcke) in entzückend. Farbstellg.	2.95
Waschsamt bedr., Ia Linden, aparte Dess.	2.95	Painette Kunstseide . . . . . Ein Posten	2.95
Waschsamt Façonné, in vielen Farben	2.95	**Samt-Reste!**	

Seidenhaus KOOPMANN
Fernruf 2047 — DETMOLD — Lange Str. 77

Billig — Ich habe mich entschlossen, einen — preiswert
Räumungsverkauf
meines Riesenlagers zu veranstalten.
Detmolder Hofmöbelfabrik
ED. BEGEMANN
Detmold, Hornsche Str. 20
reell — gut

Eigenheimbund Niedersachsen e. V.
Auf den Bezirk Lippe entfielen wieder
65 zinsfreie Darlehen
für Wohnungsbau und Umschuldung
Im Bundesgebiet wurden 253 Darlehen verteilt, so daß
717 Darlehen
im Gesamtwert von 9 Millionen RMk.
bisher verteilt sind.
Bezirksleiter W. Schröder, Helpup (Lippe)

Heimarbeit
schriftl. Vitalis Verlag, München

Übernehme sämtliche
Feinwäsche
zum (2495
Waschen u. Plätten
(auch Detmold)
Haus- und Leibwäsche. Chlorfreie Behandlung. Märzenrasenbl., Trocknen im Freien. Wäsche wird abgeholt. Ohne Aufschl. Reelle Bedien. zugesich.
Marie Brinkoh, Verlebed

Wer lehrt mich
Jiu-Jitsu?
Schr. Off. u. Nr. 2440 an d. Geschäft. d. Bl. erbitte.

Adoptionsstelle
für einen am 9. 11. 28 geb., gesunden Jungen gesucht. Ausk. erteilt d.
Kreisjugendamt
Detmold-Land
(Zimmer 7)

Heimarbeit
schriftl. Vitalis Verlag, München

Klausens Kur- und Badeanstalt
Bergstr. 5 — Lage — Telefon 556
täglich geöffnet
von 9 Uhr morgens bis abends 7 Uhr
Modern eingerichtet : Bäder aller Art
Bestrahlungen : Massagen (2105

Frühjahrs- und Sommeralben
soeben eingetroffen

Star-Album	3.—
Extra-Album	2.50
Große Wiener Modenwelt	2.—
Perfekt-Album	2.—
Neue Wiener Blusen	2.—
Wiener Moden-Spiegel	1.50
Perfekt-Mode	1.20
Hackebeil Frühjahrsmode	1.—
Die neue Linie	1.—
Modenschau	—.30
Moderne Brautkleider	—.60
Perfekte Kindermode	1.80
Wiener Kindergarderobe	1.80

Meyersche Hofbuchhandlg., Detmold

Wer sucht Geld?
in jeder Höhe für jeden Zweck. Bau- und Kaufgelder. Hypotheken, Darlehen. Keine Vermittlg. Auskunft erteilt kostenfrei:
Fr. Dedering, Detmold
Brunnenstraße 11 : Fernruf 2021

RÄUCHERSCHRÄNKE
auch zum Schutz gegen Ungeziefer, sind für jeden Haushalt von größtem Vorteil. Ich liefere Ihnen dieselben billigst, trotzdem in schwerst. Ausführung.
Friedr. Meier, Lage i. L.
Fernsprecher Nr. 1





Marmor-Waschtischaufsätze
billigst
F. Mertens
Bielefeld

Schellfisch, Heckt, Kabeljau, Lachs, Schelle, Filt, Bückinge, Sprotten
Donnerstag
frisch und billig am Markt
Riebur

In Hiddesen, Haltestelle Hünenweg (2394
5-Z.-Wohnung
mit gr. Veranda und Garten zum 1. April zu vermieten.
Haus Nr. 79

Geräumige
4-Zimmer-Wohnung
v. ält. Ehepaar gleich oder später zu mieten gesucht. Schriftl. Offert. unter Nr. 2462 an die Geschäft. der Landesztg.

Gute, räumliche
Arbeiterwohnung
sofort zu vermieten.
Karl Niederkrüger
Herrentrup 8 (Lippe)

Junger Mann sucht freundlich möbliertes
Zimmer
Schr. Ang. u. Nr. 2469 an d. Geschäft. d. Ldsztg.

Auch zum **Nachfüllen**
u. Umstopfen älterer Betten kaufen Sie Federn, Daunen und Bettstoffe wirklich vorteilhaft direkt von dem altbekannten
Betten-Spezialhaus
Pecher & Co.
nur in HERFORD N., am Hauptbahnhof. Umdas Gewünschte sofort zu erhalten, genügt Bestellung auf Postkarte. Probest u. Preislisten kostenfrei. Lagerbesuch erbeten. Viele tausendfältige Anerkennung und Nachbestellungen! Keine Filialen und Vertreter! Verkauf an Private. Fernsprecher 4127 14612

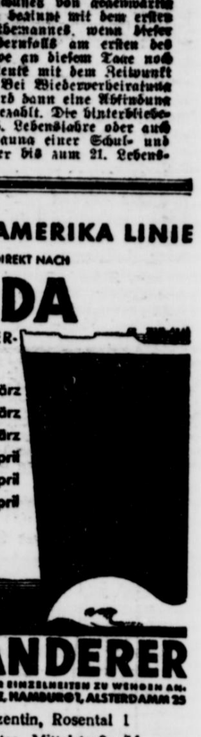
Gebrauchtes
Klavier
gegen Barzahlung zu kaufen gesucht. (2489
Frau Plannenschmidt
Lemgo, Echtstraße 97

Sommersprossen
auch in d. hartnäckigst. Fällen, werd. in einig. Tagen unter Garantie d. das echte unschädl. Teintverschönerungsmittel „Venus" Stärke B. beseitigt. Keine Schälkur. Pr. M 2.75. Nur zu haben bei:
Markt-Drogerie
C. Köhler (3616

Junge, hochtragende
Kuh
zu kaufen gesucht. Zu erfragen in der Geschäft. d. Ldsztg. u. Nr. 3481.

Junger Foxterrier
weiß mit braun. Kopfzeichnung, entlaufen.
Bachstraße 21 pt.

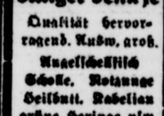
HAMBURG-AMERIKA LINIE
VON HAMBURG DIREKT NACH
KANADA
NÄCHSTE PASSAGIER-ABFAHRTEN:
D. „Westphalia" 6. März
D. „Cleveland" 12. März
M.S. „St. Louis" 28. März
M.S. „Milwaukee" 4. April
D. „Cleveland" 16. April
M.S. „St. Louis" 29. April



AUSWANDERER
BELIEBEN SIE WEGEN ALLER EINZELHEITEN ZU WENDEN AN: HAMBURG-AMERIKA LINIE, HAMBURG 1, ALSTERDAMM 25
Detmold: Paul Metzentin, Rosental 1
Lemgo: Hanns Winter, Mittelstraße 74
Bad Salzuflen: Georg Schade, Marktstr. 17

Zur Aufführung im Landestheater
Sheriff, Die andere Seite
Mk. 3.50
Vorrätig in der
Bücherstube der Meyersche Hofbuchhandlung
Lange Straße 12

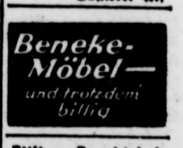
Stempel liefert Hans Götz Detmold
jetzt Hornsche Str. 22. (80)



Bedenken Sie
Seefische
billiger denn je
Qualität hervorragend. Ausw. groß.
Ausschließlich Schelle, Rotzunge Heilbutt, Kabeljau grüne Heringe usw. Monikendam. Bratbückinge.
Räucherware billig.
Nordseefischhalle
Detmold, Lange Str. 6
Lage

Landestheater
Heute, 19.45—22.30 Uhr
Letztmalig
Das Weltkriegsstück
Die andere Seite
Schützengrabenstück von Sherriff
Freitag, 28. Februar 19.15—22.15 Uhr
Wilhelm Tell

Pivitsheide
Sonnabend, 1. März
Großer
Preis-Lumpenball
Viele Überraschungen. Fabelhafter Betrieb.
Anfang 7 Uhr
Gastwirt Alf



Beneke-Möbel— und trotzdem billig

Billiger Rauchtabak
Große Auswahl!
Riesenkerl usw.
Verkaufspreise vor der Steuer-Erhöhung.
Zigaretten-Papier
Zigaretten-Hülsen
Nikotinunschädl. Tabake und Zigarren
bei (2497
Adolf Ubbe, Detmold
Krumme Straße
Ecke Wehmstraße

Bad Salzuflen-Schötmar
Zwangsversteigerung
und Nachlaßverkauf
Am Donnerstag, dem 27. d. M., vorm. 9½ Uhr, sollen im Hause Auguststraße Nr. 1
1 Sofa, 2 Sessel, 1 Truhe, 1 Sekretär, 1 Schreibtisch, 2 Bücherregale, 1 Vertikow Tische, Bilder, Uhren, Teppiche, ein groß. Posten Bücher und 1 Ofen
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden. (1695
Bad Salzuflen, den 26. Februar 1930.
Reker, Obergerichtsvollzieher.



und abends . . .
ein Buch aus der
Buchhandlung Georg Schade
Bad Salzuflen

Hausmädchen
sauberes, zuverl., an selbständ. Arbeiten gewöhnt, für Pensionsh. zum 1. 4. 30 gesucht.
Bad Salzuflen
Mollkestraße 7

Junger Mann, in d. mittler. Jahren, sucht älteres, nettes
Fräulein
mit etwas Ausstever. Wohnung a. d. Lande vorhanden. Schr. Ang. unter Nr. 596 an die Lipp. Rundschau, Bad Salzuflen.

Tagung der lippischen Gastwirte

Fremdenverkehr - Fremdenwerbung - Lippe, die Perle Deutschlands

Der Lippische Wirteverband hatte seine Mitglieder zu einer Verbands-Generalversammlung nach Schötmar geladen, die einen interessanten Verlauf nahm. Wichtige volkswirtschaftliche Fragen — unsere engere Heimat betreffend — die Hebung des Fremdenverkehrs, die Fremdenwerbung, die Bedeutung des Fremdenverkehrs für das gesamte Land — waren Gegenstand eines Vortrages und lebhafter Aussprache. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht.

Herr Pivit, Walhalla-Schötmar, begrüßte die Erschienenen und hieß sie im Namen der Ortsgruppe Schötmar herzlich willkommen. Darauf eröffnete Herr Hotelier Oppermann, Horn, die Versammlung mit herzlichen Begrüßungsworten. Besonders begrüßte er die Vertreter der Presse und er freue sich, feststellen zu können, daß die Presse durch ihr Erscheinen ihr Interesse an der Tagung bekunde. Zu begrüßen sei, daß die Oeffentlichkeit durch die Presse von der Tagung erfahre und dadurch das Interesse allseits geweckt werde. Die wirtschaftliche Lage des Gastwirtsgewerbe sei schwer. Durch das neue Schankstättengesetz müßten 80- bis 100 000 Gaststätten geschlossen werden. Das neue Schankstättengesetz sei in seinem vorliegenden Entwurf unmoralisch, weil es die Existenz vieler tausend Gastwirte vernichte. Man gewinnt den Eindruck, daß die Vertreter der Vorlage des neuen Schankstättengesetzes glauben, nur die Gastwirte seien an dem Unglück unseres Volkes schuld.

Herr Oppermann verlas sodann eine an die Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Westfalen-Nord gerichtete Entschließung, in der die Abgeordneten gebeten werden, gegen die Vorlage des Schankstättengesetzes, Relation, Nichtkonzessionierung des Flaschenbierhandels, Alkoholverbot an bestimmten Tagen, zu stimmen. Das im Plenum des Reichstags vorliegende Gesetz müsse zum mindestens eine erhebliche Milderung bringen.

Hierauf begrüßte der Vorsitzende des Lippischen Verkehrsverbandes, Herr Dr. Schmidt, Lemgo, die Versammlung. Herr Dr. Schmidt betonte in seinen Ausführungen, daß die wirtschaftliche Lage allgemein zwar sehr schlecht sei, daß Lippe aber trotzdem hinsichtlich seines Fremdenverkehrs, einen beachtenswerten Aufschwung zu verzeichnen habe. In Lippe sei der Fremdenverkehr beispielsweise dreimal so hoch als in Thüringen. Für das kommende Jahr müsse jeder Lipper im eigenen wirtschaftlichen Interesse für eine weitere Steigerung des Fremdenverkehrs sich einsetzen unter dem Motto:

Ganz Lippe eine Sommerfrische!

Hierauf trat man in die sachlichen Beratungen ein. Der Jahresbericht 1929 und Tätigkeitsbericht wurden genehmigt. Ferner der Kassenbericht; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Jahresbeitrag wurde erneut auf 5 Mark festgesetzt. Der Haushaltsplan 1930 wurde angenommen. Sodann nahm der Geschäftsführer des Lippischen Verkehrsverbandes, Herr H. Baumgarten, Detmold, das Wort zu seinem Vortrag über:

Die Bedeutung des Fremdenverkehrs für das Gastwirtgewerbe.

Der Redner führte u. a. aus: Ich spreche nicht in meiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Lippischen Verkehrsverbandes, sondern als Privatmann. Das Fremdenverkehrsproblem sei eine Frage, die das ganze Volk angehe. Vor dem Kriege war eine Werbung im Sinne der heutigen Verkehrswerbung nicht notwendig. Heute seien die Verhältnisse aber anders und die Fremdenverkehrswerbung sei eine Lebensnotwendigkeit insbesondere unserer lippischen Heimat. Ein lebhafter Fremdenverkehr liege nicht nur im Interesse des Gastwirtes, sondern alle Schichten der Bevölkerung nehmen daran wirtschaftlichen Anteil. Auch der Staat und die Gemeinden haben ein großes wirtschaftliches Interesse an der Hebung und Förderung des Fremdenverkehrs. Wie sehr die Volkswirtschaft vom Fremdenverkehr berührt wird, ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung:

Im Jahre 1927 sind an Einnahmen aus dem Fremdenverkehr in Deutschland 240 Millionen Reichsmark zu verzeichnen gewesen, dagegen sind aber im gleichen Jahre durch Auslandsbesuche 253 Millionen Reichsmark aus Deutschland wieder ausgeführt worden, so daß sich ein Minusbetrag von 13 Millionen Reichsmark zu Ungunsten unserer Volkswirtschaft ergibt. Hier erwächst uns die Aufgabe, eine Propaganda zu machen, die beeinflussend wirkt mit dem Zweck, Inländer dem Auslande fernzuhalten und sie auf die Schönheiten des eigenen Landes aufmerksam zu machen. Speziell für Lippe ist beabsichtigt, auch in diesem Jahr den schon allseits bekannten gelbroten Führer, der sich prächtig für die Fremdenverkehrswerbung bewährt habe, herauszugeben. Ferner werden 20 000 Ratgeber allen Interessenten zur Verfügung gestellt. Ferner sei beabsichtigt, nach Holland 5000 Prospekte zu versenden. Interessant ist die

Fremdenverkehrsstatistik für Lippe.

Etwa 100 000 Fremde besuchen uns jährlich in unserer Heimat. Das ergibt durch Fremde ein Uebernachtungserfordernis von durchschnittlich 1 200 000 Uebernachtungen. Hinzu kommen die Durchreisenden, Wanderer und Sonntagsausflügler. Diese Zahl, auch nur annähernd zu schätzen, dürfte äußerst schwer sein. Gewisse Anhaltspunkte geben hierfür jedoch Autozählungen an bestimmten Tagen und die Verkehrszahlen der Eisenbahn und Straßenbahnen. Man greift wirklich nicht zu hoch, wenn wir den reinen Durchschnittsverkehr auf etwa 250 000 Fremde im Jahr schätzen. Auch die vorgenommene Fremdenzählung kann keinen Anspruch auf unbedingte Genauigkeit erheben. Es sind insgesamt nur 45 Orte erfaßt. Immerhin steht für diese Orte das Zahlenmaterial einwandfrei fest. Es muß aber auf Grund von Stichproben angenommen werden, daß die angegebenen Zahlen eher zu niedrig, als zu hoch angegeben sind.

Vergleichen wir nun unsere Fremdenverkehrszahlen mit den der anderen deutschen Länder, so können wir erfreut feststellen, daß Lippe weit an der Spitze marschiert.

Lippe in Deutschland voran!

Ein Vergleich mit anderen Ländern würde folgendes Bild ergeben:

In Lippe entfallen etwa 700 Uebernachtungen auf 100 Einwohner, in Thüringen 193, in Bayern 159, in Sachsen 70, in Preußen 57, im Deutschen Reich 76.

Immerhin müssen auch diese Zahlen mit Vorsicht weitergegeben werden, da die Fremdenverkehrsstatistik noch in den Kinderschuhen steckt.

Es muß hierbei aber deutlich hervorgehoben werden, daß der Hauptstrom der Fremden nicht aus dem Ausland kommt, sondern aus dem Inland. Im vergangenen Jahr sind etwa 3000 Ausländer in Lippe gewesen; davon entfallen allein auf Holland 98 Proz. Diese hohe Zahl der holländischen Besucher ist in der Hauptsache auf unsere intensive Verkehrspropaganda in Holland zurückzuführen. 75 Proz. der Inlandsbesucher entfallen auf das Rheinland und auf Westfalen; etwa 15 Proz. auf Besucher aus den Bezirken Hamburg, Bremen und Hannover.

Von der Höhe der in Betracht kommenden Summen, die ein einziges Verkehrsjahr dem Land Lippe zuführt, macht der Außenstehende sich sicherlich keinen Begriff. Die Zahlen lassen sich aber gut schätzen. Rechnet man die durchschnittliche Tagesausgabe statt mit 25 RM., wie es die Reichsstatistik tut, bescheiden mit nur 10 RM. für eine Person — ausschließlich der Beförderungskosten — nimmt man ferner die Zahl der Uebernachtungstage — denen man die Zahl der Aufenthaltstage gleichsetzen kann — mit 1 200 000 an, so bringen die Fremden einen Zufluß von rund 12 Millionen Mark jährlich. Hinzu kommen die Tagesausgaben der Durchgangsreisenden, welche auch noch einige Millionen hierlassen, so können wir ruhig den

Gesamtbetrag der Fremdenverkehrs in Lippe auf 15 Millionen Reichsmark

schätzen. Dies ist eine gewaltige Summe, die jahraus jahrein in unser Land fließt und in den Produktionsprozeß unserer Heimat eingeschaltet wird.

Der Staat hat für die Fremdenverkehrswerbung 6500 Mark ausgesetzt. Hiervon entfallen auf den Verkehrsverband 4000 Mark, auf eine Verkehrsverbindung durch den Film 1500 Mark und für das Köterberghaus 1000 Mark.

Mit der Lösung der Unterkunftsfrage steht und fällt der Fremdenverkehr. Sowohl der Staat wie auch die Gemeinden müssen danach trachten, die Gaststätten auf der Höhe und leistungsfähig zu halten. Deshalb dürfen vor allem keine neuen Belastungen kommen. Nicht Belastungen, sondern Entlastungen. Das gilt ganz besonders für uns in Lippe. Trotzdem aber schaffe der Staat neue Steuern, wie die Biersteuer, Entschuldungssteuer usw. Das sind steuerliche Ungerechtigkeiten. Vor allem müsse während der Wintermonate die Gastwirte, die in dieser Zeit ihre Häuser unbesetzt haben, von der Steuer, soweit es sich um Entschuldungssteuer und dergl. handelt, entbunden werden. Das neue Schankstättengesetz sei lediglich eine Knechtung des Gastwirtsgewerbes. Durch dieses Gesetz sei der Gastwirt nicht mehr Herr auf eigener Scholle. Man muß verlangen, daß die wirtschaftliche Freiheit eines jeden einzelnen gewahrt bleibt. Eine solche Knebelung, wie es das Schankstättengesetz für das Gastwirtegewerbe vorsieht, könne man einem freien Bürger nicht zumuten. Diese Frage steht im engsten Zusammenhang mit der Fremdenverkehrswerbung. Was nutzt alle Werbung, wenn die Existenz des Gastwirtegewerbes infrage gestellt wird. Fremdenverkehr und Erleichterung muß die Parole sein. Und insbesondere in Lippe, umsomehr, als auch von der Regierungsseite die Wichtigkeit des Fremdenverkehrs anerkannt worden ist. Mit einem Appell zur Einigkeit schloß der Vortragende seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Die Versammlung bewilligte sodann 2000 Mark dem Lippischen Verkehrsverband für einen Verkehrs-Werbefilm.

Sodann referierte Herr Pivit-Schötmar über die Reichsunfallversicherung. Das Gastwirtsgewerbe unterliege in seiner Gesamtheit nicht der Versicherungspflicht. Nur einzelne Abteilungen und besondere Kategorien. Der Redner führte einzelne Beispiele aus der Praxis an. Die Berufsgenossenschaft sei in ihrer heutigen Bindungspflicht ein notwendiges Uebel.

Nach Erledigung einiger interner Vereinsfragen behandelte sodann die Versammlung einen weiteren brennenden Punkt der Tagesordnung. Ein Notgesetz aus der unseligen Inflationszeit sieht bei Uebertretungen der Polizeistunde Geld- und Haftstrafen vor, die im Sinne des Gesetzes keine Uebertretungen, sondern Vergehen darstellen. Diese Vergehen sind strafregisterpflichtig, und entsprechende Strafen mit Vorsicht weitergegeben werden, da die Fremdenverkehrsstatistik noch in den Kinderschuhen steckt.

Es muß hierbei aber deutlich hervorgehoben werden, daß der Hauptstrom der Fremden nicht aus dem Ausland kommt, sondern aus dem Inland. Im vergangenen Jahr sind etwa 3000 Ausländer in Lippe gewesen; davon entfallen allein auf Holland 98 Proz. Diese hohe Zahl der holländischen Besucher ist in der Hauptsache auf unsere intensive Verkehrspropaganda in Holland zurückzuführen. 75 Proz. der Inlandsbesucher entfallen auf das Rheinland und auf Westfalen; etwa 15 Proz. auf Besucher aus den Bezirken Hamburg, Bremen und Hannover.

Von der Höhe der in Betracht kommenden Summen, die ein einziges Verkehrsjahr dem Land Lippe zuführt, macht der Außenstehende sich sicherlich keinen Begriff. Die Zahlen lassen sich aber gut schätzen. Rechnet man die durchschnittliche Tagesausgabe statt mit 25 RM., wie es die Reichsstatistik tut, bescheiden mit nur 10 RM. für eine Person — ausschließlich der Beförderungskosten — nimmt man ferner die Zahl der Uebernachtungstage — denen man die Zahl der Aufenthaltstage gleichsetzen kann — mit 1 200 000 an, so bringen die Fremden einen Zufluß von rund 12 Millionen Mark jährlich. Hinzu kommen die Tagesausgaben der Durchgangsreisenden, welche auch noch einige Millionen hierlassen, so können wir ruhig den

Gesamtbetrag des

Lage

— Ueber den Wohnungsbau in der Zeit vom 1. April 1924 bis zum 31. Dezember 1928 machte Stadtverordnetenvorsteher **Sauerländer** folgende interessante Mitteilung: Es wurden insgesamt 95 Wohnhäuser mit 174 Wohnungen errichtet. Im Jahre 1929 sind 29 Wohnhausbauten mit zusammen 66 Wohnungen bezugsfertig geworden. Von diesen sind gebaut: auf städtischem Siedlungsgelände 6, auf staatlichem Siedlungsgelände 5, auf eigenem bzw. angekauften Privatgelände 12, auf angekauftem städtischen Gelände 4. Durchweg waren die Bauten zweistöckig und zwar hauptsächlich 4-Zimmer-Wohnungen einschließlich Küche für jedes Stockwerk. Von diesen 29 neuen Wohnhäusern fallen 21 unter die sogenannte Bauförderung. Von einer eigentlichen Wohnungsnot kann mit Recht in Lage nicht mehr gesprochen werden, abgesehen von Sonderfällen. Für kinderreiche Familien will das Land Lippe unmehr ja noch etwas Besonderes tun.

— Im städtischen Grundbesitz, so sagte der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, sind größere Verschiebungen nicht eingetreten. Angekauft wurden 1929 Garten- und Ackergrundstücke gleich 11 820 qm für 26 640 RM., Wege und Plätze gleich 2024 qm für 1711 RM. Hiervon waren 4500 qm Baugelände mit einem Wert von ca. 12 000 RM. Verkauft wurden: Garten- und Ackergrundstücke in Größe von 4408 qm mit 11 322 RM. Hiervon rund 3000 qm als Baugelände, von dem im Wege der Landessiedlungsbedingungen ca. 2200 qm zum Preise von rund 35 000 RM. verkauft sind. An reinem Geländezuwachs hatten wir in Ackergrundstücken ca. 7400 qm und in Wegen und Plätzen ca. 1000 qm. Der gesamte städtische Grundstücksbestand am 31. Dezember 1929 ist folgender: Forstgrundstücke 47,5 ha, Acker- und Gartengrundstücke 73,0412 ha, bebauter Grundbesitz einschl. Wege und Plätze 26,8524 ha oder 859 Scheffelsaat. Der Zuwachs für 1929 beträgt in Scheffelsaat ausgedrückt rund 5½ Scheffelsaat. In den Landessiedlungsbedingungen sind auf dem Maybruche im Jahre 1929 4 Bauplätze mit 1978 qm vergeben worden. Im städt. Erbbaurecht sind Veränderungen nicht eingetreten; bekanntlich wurden an 25 Erbbauberechtigte 22 970 qm abgegeben. Von unserem Landbesitz sind rund 400 Scheffelsaat an ca. 1000 Personen als Kleinpachtland zum Betrage von 12 000 RM. verpachtet. Im Berichtsjahr haben wir bekanntlich als neues Gebäude noch die Pfannsche Fabrik unterhalb des Berges hinzugekauft, über deren endgültige Verwendung noch Verhandlungen schweben. In unseren städtischen Häusern ist der Wohnungsbestand mit 54 Mietern und ca. 230 Personen in 54 Wohnungen fast gleich geblieben. Der Mietertrag (110 Prozent der Friedensmiete) beläuft sich einschließlich der Ladenmieten und nach Abzug der Entschuldungssteuer, wie in dem letzten Jahre, auf ca. 12 000 RM. Ich persönlich würde es begrüßen, wenn wir von unserem umfangreichen Hausbesitz etwas abstoßen könnten, da gerade der bebaute Besitz der städtischen Verwaltung eine wesentlich größere Arbeitslast auferlegt als wie der unbebaute Besitz, diesen sollten wir, unter selbstverständlicher Berücksichtigung vernünftiger, wirtschaftlicher Grundsätze, ständig zu vergrößern suchen.

— Der Vorverkauf für Fillerthals Operette „Rheinische Liebe, rheinischer Wein" hat bereits im Zigarrengeschäft Willi Wecke, Hörster Straße, begonnen. Außerdem sind Programme bei den Mitgliedern zu haben. Es ist sehr ratsam, sich des Vorverkaufs zu bedienen, damit am kommenden Sonntag unnötiges Drängen an der Kasse vermieden wird.

Horn

— **Schülerkonzert.** Am Donnerstag nachmittag 3 Uhr findet im Saale der Gastwirtschaft Rösse ein Schülerkonzert der Klavierschule des Herrn Fritz Krohbusch statt. Hierzu sind Musikliebhaber freundlichst einzuladen.

— **Autobus-Sonderfahrten.** Vor der neuen Sommersaison veranstaltet die Autozentrale Meier in nächster Zeit für die Bewohner der Stadt und Umgebung preiswerte Autobus-Sonderfahrten. Die erste Fahrt geht am Sonntag, dem 9. März, nach Hannover. Für Hin- und Rückfahrt ist der billige Fahrpreis von 6 RM. angesetzt.

Barntrup

— **Vom Kriegerverein.** In der **Generalversammlung** des Kriegervereins standen vier Punkte auf der Tagesordnung. Zunächst begrüßte der Vorsitzende die Erschienenen und dankte für den zahlreichen Besuch. Anschließend gedachte er des vor kurzem durch den Tod aus dem Verein geschiedenen Kameraden Fritz Krüsche sowie der im Jahre 1929 verstorbenen Mitglieder Frewert, Wöhrmann, Altrogge und Dahlmeier. Die Versammelten ehrten das Andenken der Kameraden durch Erheben von den Sitzen. — Für 25jährige Mitgliedschaft erhielten Aug. Kroll und Karl Hilker eine Auszeichnung. Zum Geschäftsbericht ist zu bemerken, daß der Verein 206 Mitglieder zählt, darunter befinden sich 4 Ehrenmitglieder, 1 Veteran und 150 Teilnehmer am Feldzuge 1914/18. Im Jahre 1929 sind 4 Zugänge und 10 Abgänge zu verzeichnen. Für Beerdigungen, Unterstützungen und Geschenke wurden im vergangenen Jahre 367 RM. ausgegeben. 6 Mitglieder sind ausgezeichnet worden. Kam. König zum Ehrenmitglied, 1 für 40jährige und 4 für 25jährige Mitgliedschaft. — Die Jahresrechnung schließt mit einem Ueberschuß von 318,28 RM. ab. Nach Prüfung wurde dem Rechnungsführer Entlastung erteilt. — 200 RM. aus der Vereinskasse und 50 RM. aus der besonderen Schießstandkasse sollen durch Auslosung zur Abdeckung der kleineren Schießstandsdarlehen Verwendung finden. — Der Vorschlag des Vorstandes auf Erhöhung des Jahresbeitrages fand keine Zustimmung, es bleibt der bisherige Jahresbeitrag von 5 RM. bestehen. Die Vorstandswahlen zeitigten im ganzen Wiederwahl. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Landwirt Ernst Fiene, Untere Straße, gewählt. An Stelle des bisherigen Kassenboten Buttmann wurde Fritz Schmidt, und für Aug. Fiene, Ernst Schröder und Karl Schulz wurden in das Trägerkommando Fritz Höltke, Aug. Gröne und Aug. Wessel gewählt. In den Vergnügungsausschuß trat für den Kam. Bloeme Fr. Wehrmann ein, als Delegierte wurden der Vorsitzende Aug. Steneberg, Herm. Hartmann sen. Jul. Rendemann und Alois Landwehr bestimmt. — Von der Einladung des Kriegervereins Eschenbruch für den 9. und 10. Juli wurde Kenntnis genommen und Teilnahme am 50jährigen Stiftungsfest beschlossen. Zum Schluß wurde noch bekanntgegeben, daß das Freibier vom Vereinswirt Beißner gestiftet worden ist.

Film im Landestheater

Adieu — Mascotte!

Der Reiz dieses Films besteht darin, daß er auf der Leinwand unseres Theaters zum erstenmal Lilian Harvey in einer beherrschenden Rolle zeigt.

Mascotte nennt sich ein Pariser Malermodell. Eine lungenschwache Kollegin müßte nach dem Ausspruch des Arztes nach Davos, um gesund zu werden. Aber das kostet — viel Geld. Woher es nehmen und nicht stehlen? Mascotte hat einen Einfall. Es ist das bekannte Künstlerfest — der Ball des quat'-z-arts —, Mascotte versteigert sich selbst als Modell auf vierzehn Tage. Der Erlös deckt die Genesungskosten. Aus den vierzehn Tagen Modelldienst wird eine lebenslängliche eheliche Verbindung.

Man sieht, die Erfindung ist auch hier, wie in den meisten Filmen, von einer erstaunlichen Schwäche. Dagegen ist alles technische und szenische Detail auf der Höhe des Tages.

Die Arbeit des Regisseurs Wilhelm Thiele ist einfallsreich. Am hübschesten ist das Bild von zwei Luxuszügen, die in entgegengesetzter Richtung aneinander vorbeifahren, während zwei glückliche Paare aus den Fenstern einander zuwinken. Es ist nicht leicht einzusehen, durch welchen Kniff dieses Bild zustande gekommen ist.

Dagegen ist das Bild des Künstlerballes zwar sehr bewegt, im ganzen aber doch eintönig. Ich lese, die Zensur habe in diesem Filme böse gehaust; vermutlich hat sie auch an manchem der kecken Künstlereinfälle, die diese Bälle zu schmücken pflegen, Anstoß genommen. An anderen Stellen sieht man die Spuren ihrer plumpen Finger. Szenen verschandeln. Es gibt da einzelne Situationen, die, so wie sie dastehen, anstößig oder unverständlich sind, aber harmlos oder klar sein würden, wenn die aus, weiß Gott, welchen Bedenken gestrichenen Bindeglieder da wären.

Warum ein Film, an dem alle Beteiligten Deutsche sind, in Paris spielen muß, ist nicht einzusehen. In Berlin, in Wien, in München gibt's auch Künstlerbälle und Malermodelle.

Die Hauptsache aber ist Lilian Harvey. Sie ist ein Typ für sich. Das wissende Kind. Der schlüchterne Uebermut. Das tolle Madönnchen. Während das unschuldigste Lächeln das süße Mäulchen umspielt, fragen die forschenden Augen die gefährlichsten Dinge. Das alles ergibt einen gebändigten Lustspielschwung, der auf deutschen Bühnen nicht häufig ist.

Leider ist sie nicht immer gut photographiert. Das ist verwunderlich, denn die Photographie ist in diesem Film meist vortrefflich.

Lilian Harvey ist englisch-deutsches Mischblut. Geboren in London, nennt sie sich nach ihrer englischen Mutter. Ihre nationale und künstlerische Heimat dagegen ist das Land ihres Vaters geworden — ihr bürgerlicher Name ist Lilly Pape — und speziell Berlin. Diese Mischung bestimmt ihr Wesen: das Gretchen als Girl.

Otto Gilbert.

Aus den Gemeindeparlamenten

Gemeindeausschußsitzung in Heidenoldendorf

Der Haushaltsplan ohne Titel und Mittel in 1. Lesung angenommen.

Heidenoldendorf, 25. Febr.

In der am Montag abend im Niedernkruge stattgefundenen Tagung des Heidenoldendorfer Gemeindeparlaments konzentrierte sich das Hauptinteresse auf den Haushaltsplan für das neue Rechnungsjahr.

Gemeindevorsteher **Steffensmeier** und Vorstandsmitglied **Budde** gingen in längeren Ausführungen auf den vorliegenden Haushaltsplan ein. Es wurde dabei bekannt, daß das zuständige Landratsamt in Detmold den Gemeinden die Pflicht auferlegt hat, den Etat auf jeden Fall ohne Fehlbetrag abzuschließen. Daß durch eine derartige Verfügung von einer fruchtbringenden Tätigkeit zum Wohle der Einwohnerschaft keine Rede sein kann, ist ganz selbstverständlich. Sehr wichtige Projekte können einfach nicht zur Ausführung kommen, da die nötigen Gelder nicht zur Verfügung stehen.

Der vorliegende Haushaltsplan schließt angesichts der behördlichen Anweisungen in diesem Jahre in Einnahme und Ausgabe mit 8145 RM. ab.

Unter den **Einnahmen** findet man aus den verschiedenen Steuereinnahmen einen Betrag von 7060 RM. Die verbleibenden Restbeträge setzen sich aus der Verpachtung der Eigenjagd, der Braunenbrucherjagd und Verpachtung der Wege zusammen.

Bei den **Ausgaben** handelt es sich durchweg um Dinge zwangsläufiger Art. Für die Verzinsung und Tilgung von Anleihen ist ein Betrag von 3100 RM. eingesetzt. Für die allgemeine Verwaltung einschl. der Vergütung für den Vorsteher eine Summe von 2000 RM. In der sehr wichtigen Position: Wegebau findet man den winzigen Betrag von 61,50 RM., der für die Berufsgenossenschaft und Haftpflicht Verwendung findet. Für die unbedingt nötigen Verbesserungen und die Straßenunterhaltung ist kein Pfennig eingesetzt. Für besondere Betriebseinrichtungen sind 1610 RM. eingesetzt. Es handelt sich um Ausgaben für die Straßenbeleuchtung, Erhaltung der Ehrenfriedhöfe, Zuschuß zur Fortbildungsschule, Sportplatz und sonstiges. Schließlich war es noch möglich, für die Aufräumung des Bachbettes 500 RM. einzusetzen.

Daß bei einem derartig beschnittenen Etat in diesem Jahre keine praktische Arbeit geleistet werden kann, steht nunmehr fest. Es ist auch nicht möglich, die unbedingt notwendige Einfriedigung des Dorfbaches vorzunehmen. Bei Unglücksfällen kann man der Gemeinde Heidenoldendorf keine Schuld beimessen, die Verantwortung tragen andere Stellen. In der allgemeinen Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Steuerüberweisungen im Vergleich zur Vorkriegszeit keinerlei Schritt gehalten haben. An Hand statistischer Unterlagen konnte man sich davon in überzeugender Art ein Bild machen. Während im Jahre 1913 bei 1680 Einwohnern aus der Einkommensteuer 2200 RM. überwiesen wurden, beläuft sich dieser Betrag heute bei 2560 Einwohnern auf nur 1440 RM. Während der Staat für die Unterhaltung seiner Landstraßen pro Kilometer 2000 RM. einsetzt und das Amt Detmold pro Kilometer 800 RM., stehen der Gemeinde Heidenoldendorf für 16 Kilometer Straßen nicht die geringsten Mittel zur Verfügung. Daß dieser Zustand untragbar ist, wurde scharf kritisiert.

Bei der Zwecklosigkeit irgendwelcher Proteste wurde der vorliegende Etat ohne Mittel und Titel in 1. Lesung verabschiedet.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung beschäftigten sich mit dem Verzicht der Ausübung des Vorkaufsrechtes in Sachen **Kükenhöner** und **Pawlick**. Es handelt sich um den Hausverkauf Sichterheide Nr. 128.

Die **Neubauten** des Wegearbeiters **Wendt** an der Bergstraße und des Werkmeisters **Hüdepohl** auf der Sichterheide wurden genehmigt.

Die Frage der **Wasserversorgung** hat bekanntlich zur Anlage eines Brunnens am Hiddeserberg geführt. Nachdem eine Wasserader gefunden ist, soll nunmehr der bekannte Sachverständige, Professor Dr. **Stille** (Göttingen), zur Abgabe eines Gutachtens aufgefordert werden. Alsdann soll über den weiteren Ausbau erneut Beschluß gefaßt werden.

Die Stadt Dortmund hat sich bereit erklärt, den Weg zum Kinderheim Arminiusbad auf ihre Kosten auszubauen. Mit der Lieferung der nötigen Steine sollen hiesige Interessenten betraut werden.

Nach der Erledigung kleinerer Angelegenheiten konnte die Sitzung kurz vor 11 Uhr geschlossen werden.

Stadtverordnetensitzung in Barntrup

Barntrup, 25. Febr.

In der gemeinschaftlichen Sitzung der städtischen Körperschaften am Montag abend fehlten mit Entschuldigung die Stadtv. **Wilkes** und Sundermann. — In getrennter Abstimmung genehmigten Stadtrat und Stadtverordnetenversammlung in 2. Lesung den Grundstückstausch zwischen dem Mühlenbesitzer Wächter und der Stadt auf der Grundlage des am 18. Febr. abgeschlossenen Tauschvertrages. W. gibt 1¼ Scheffelsaat seiner Wiese für die Errichtung der Kläranlage ab und erhält dafür 2 Scheffelsaat Ackerland am Selbeckerwege.

Die Versammlung nahm dann von dem **Stande des Kläranlageprojektes** Kenntnis, insbesondere von dem mit der Deutschen Abwässerreinigungsgesellschaft, Städtereinigung, Wiesbaden, getätigten Bauvertrages. Stadtv. **Klaus** bemängelte hierbei das im Vertrage zum Ausdruck gebrachte Verbot der Verwendung einer Beton-Mischmaschine und sprach sich im Interesse des Baues, obwohl er der SPD. angehört, für maschinelle Mechanisierung aus. Der Stadtrat hatte lediglich deswegen die maschinelle Mischung des Betons nicht gestattet, um noch weiteren Erwerbslosen Arbeit zu beschaffen.

In der anschließenden **Stadtverordnetenversammlung** schloß man sich dem Beschlusse des Stadtrats bezüglich der Grunderwerbskosten für den Bellenbruchweg an. Der Betrag wurde von 1,— RM. auf 0,60 RM. je Quadratmeter herabgesetzt und soll, soweit die Grundfläche z. Zt. nicht zur Straße gebraucht wird, den Anliegern für längere Zeit (mehrere Jahre) gestundet werden.

Sodann sprach sich das Kolleg für die **Aufnahme einer langfristigen Anleihe** in Höhe von 10 000 RM. zu einem Zinssatz von 1% über Reichsbankdiskont zur teilweisen Aufbringung der Kosten für die Kläranlage und Kanalisation aus. Die Anleihe soll mit 2% jährlich getilgt werden. — Unter Verschiedenes nahm man mit Befriedigung davon Kenntnis, daß nach Auskunft der Katasterinspektion die Stadt Barntrup für die Instandsetzung des Brudereichenweges **nicht** in Frage kommt. Für die Besserung des Wegeteiles von der Landstraße bis oben zur Trift ist die Gemeinde Sonnebern zuständig.

Eigenheimbund Niedersachsen

Jahreshauptversammlung in Hannover - Zahlreiche Beteiligung auch aus Lippe

Die Bundes-Hauptversammlung fand am Sonntag, 23. Februar, im alten Rathaus-Saale zu Hannover statt. Vertreten waren 161 Ortsgruppen mit einem Mitgliederbestand von 10 000.

Vor Beginn des Geschäftsberichts konnte der Vorsitzende mitteilen, daß in der heute vorgenommenen 10. Darlehnsvergebung 253 zinsfreie Darlehen im Werte von 3,3 Millionen RM. zugeteilt seien, so daß damit bisher insgesamt 9 Millionen RM. zinsfreie Darlehen für Wohnungsbau und Umschuldung herausgebracht sind. Von den zuletzt vergebenen 253 Darlehen entfielen 156 auf Westfalen, 65 auf Lippe, 42 auf andere Bezirke. Von den nach Lippe entfallenen Darlehen sind 46 für Wohnungsbau (28 Pflichtleister, 18 Mehrleister) und 19 für Umschuldung (4 Mehrleister) vergeben. Der Wert der nach Lippe entfallenen Darlehen wird etwa 900 000 RM. ausmachen. Bei regelmäßigem, gutem Geldeingang kann damit gerechnet werden, daß bereits in zwei Monaten eine weitere Darlehnsvergebung möglich ist.

Aus dem dann erstatteten Geschäftsbericht waren folgende Einzelheiten zu entnehmen:

Die Mitgliederzahl ist im Jahre 1929 von 1341 auf 9625 gestiegen, z. Zt. beträgt sie 10 400. Die größten Ortsgruppen befinden sich in Oeynhausen, Bielefeld, Minden, Herford, Scheie-Dankersen, Detmold, Hohenhausen, Schötmar, Helpup.

Die Mitglieder (Stand am Jahresschluß) verteilten sich auf folgende Schichten: Arbeiter 32,6%, Angehörige freier Berufe 5,7%, Angestellte 9,6%, Beamte 6,5%, Frauen 4,4%, Landwirte 4,8%, Pensionäre und Invaliden 0,6%, Handwerker-Zweckparer 18,8%, Handwerker, die nur fördern 16,4%, Genossenschaften und Gemeinden 1%. Aus der Unterteilung ergibt sich, daß gerade die Kreise, die infolge ihrer Einkünfte bei andern Instituten nicht zum Eigenheim kommen können, bei uns sparen, um ihr Ziel zu erreichen. Erwähnt wurde, daß die verausgabten Unkosten des EBN. 24 223,76 RM. betragen haben, also sehr gering geblieben sind.

Am 31. 12. 29 lagen insgesamt 5840 Sparanträge vor, nämlich 4937 für Wohnungsbau mit einer Antragssumme von 55 767 000 RM. und 909 Umschuldungsanträge mit einer Antragssumme von 7 471 000 RM. Die Zahl der Darlehnsanwärter betrug bis Stichtag vom 30. 11. 29 1910 bei damals 6494 Mitgliedern. Mit der jetzigen Darlehnsvergebung sind also schon rund 40% aller Bausparer, die am 30. 11. 29 die Wartezeit von 5 Monaten erreicht hatten, mit zinsfreien Darlehen zugeteilt. Der Durchschnittsbetrag der einzelnen Darlehen hat sich von Vergebung zu Vergebung etwas gesenkt und beträgt gegenwärtig rund 12 000. Es ergab sich auch hierbei, daß gerade durch die Mehrleistungen die Pflichtleister mehr Darlehen erhalten konnten als ihnen sonst zur Verfügung ständen.

Nach dem Geschäftsbericht wurde in die Beratung der Satzungen und Darlehnsbedingungen eingetreten, und im wesentlichen unverändert angenommen. Als wesentliche Punkte sind hieraus zu erwähnen: Einführung eines Familienzuschusses, verbunden mit einer Todesfall-Versicherung, Einführung einer Sparhilfe und Angleichung der unteren Spargruppen der Bau-Abteilung an die Durchschnitts-Belastung, um den Anforderungen des kommenden Bausparkassengesetzes zu entsprechen. Beschlossen wurde jedoch, die Erhöhung bis zum 1. April auszusetzen, so daß noch bis Ende März Sparanträge zu den alten Sätzen gestellt werden können.

Die Sparhilfe hat den Zweck, die Durchschnittsdarlehnszeiten auch dann einzuhalten, wenn der Mitgliederzuwachs prozentual nachlassen sollte. Es erfolgt keine höhere Belastung der Mitglieder, denn die Sparhilfe setzt erst nach Tilgung des Darlehens ein, und zwar mit dann erst aufzubringenden 20% des Fremdkapitals für ⅓ der Tilgungszeit. Wer z. B. 10 000 RM. in 15 Jahren abgetragen hat, stellt dann in den bisherigen Monatsraten 2000 RM. Sparhilfe zinsfrei zur Verfügung, damit auch die Kameraden zum Darlehen kommen können.

Nachdem die volle Sparhilfe 2½ Jahre zur Verfügung gestanden hat, wird der Sparbetrag vom Bunde zurückgezahlt. Der Darlehnsschuldner hat also als Sparhilfe lediglich eine Zinseinbuße von einigen hundert RM. gehabt, dafür aber 15 Jahre lang den zinsfreien Kredit genossen.

Nach Schluß der Satzungsberatungen wurde von den Vertretern der Ortsgruppe Bielefeld eine Entschließung eingebracht, worin auf die unberechtigten Anwürfe der Handwerkskammer Bielefeld hingewiesen und klargestellt wurde, daß die Darstellung, die Ortsgruppe hätte der Bundesleitung irgendwelchen Vorwurf gemacht, bewußt unrichtig sei. Die Ortsgruppe Bielefeld verlangte durch die Entschließung Maßnahmen der Bundesleitung, alle Bielefelder Handwerker, die sich auch jetzt noch die unhaltbaren Einwendungen der Handwerkskammer zu eigen machen, von der Ausführung von Bauten auszuschließen. Die Entschließung wurde von der Versammlung einmütig gutgeheißen und beschlossen, sie zu veröffentlichen.

Amt Detmold

Hiddesen, 24. Febr. Der Verbandstag der Freiwilligen Feuerwehren findet in diesem Jahre laut Beschluß der letzten Generalversammlung des Bundes am 22. Juni in Hiddesen statt. Wir möchten heute schon darauf hinweisen und an alle Wehren des Landes die Bitte richten, sich für diesen Tag frei zu halten.

Klüt, 24. Febr. Im goldenen Kranz. Das Fest der goldenen Hochzeit feiern am kommenden Sonntag bei körperlicher und geistiger Frische die Eheleute Ernst Plöger Nr. 27. Wir wünschen dem Jubelpaar einen gesegneten Lebensabend und verbinden hiermit unsern herzlichen Glückwunsch!

Heiden, 26. Febr. Ein öffentlicher Vortrag mit Lichtbildern über das öffentliche Bauspargesen, veranstaltet von der Lipp. Landesbausparkasse in Detmold, findet heute abend 8 Uhr in der Gastwirtschaft Bünemeyer bei freiem Eintritt statt. Ein Besuch des Vortrages kann bestens empfohlen werden.

Amt Brake

Lüdenhausen, 25. Febr. Sängerfest. Wenn das Unterfangen des hiesigen Gesangvereins, den ersten lippischen Kapellmeister, Obermusikmeister Mietusch, mit seinem Musikkörper zu dem diesjährigen Gesangsfeste hier zu verpflichten, als gewagt erscheinen mochte, so hat doch der Sonntagnachmittag mit seiner gewaltigen Besucherzahl von nah und fern gezeigt, welche starke Anziehungskraft der Name Mietusch bereits auch in den entlegenen Teilen unseres lippischen Nordens besitzt, und daß auch unsere ländliche Bevölkerung mit regem Interesse und Wohlbehagen den musikalischen Darbietungen zu folgen weiß. Es konnte nicht ausbleiben, daß trotz der wohl absichtlich sehr einfach gehaltenen Musikstücke sogleich Obermusikmeister Mietusch im Mittelpunkte des Konzerts stand und seine instrumentalen Darbietungen durch die gesanglichen der Vereine gleichsam umrahmt wurden. Daneben legten auch die Lüdenhauser Sänger unter Herrn Schäfers Leitung in ihren Liedern von: „Bald prangt, den Morgen" und „Ich hört ein Vöglein" beredtes Zeugnis weiterer Vervollkommnung und seiner Stimmenausgeglichenheit ab und wußten in den humoristischen Stücken vom Klosterbruder und der Spinnerin reichen Beifall zu ernten; desgleichen auch die Hohenhauser Gäste mit ihrem im ersten Baß sehr ansprechenden „Schwarzbraunen Hanne", so daß der Vorsitzende Ernst Böger am Schluß befriedigt noch einmal allen Mitwirkenden den Dank aussprechen konnte und der Zuschauermenge den Wunsch auf ein gleich zahlreiches Wiedertreffen im nächsten Jahr mit auf den Heimweg gab.

Kirchheide, 24. Febr. Diebstahl. Anläßlich des hier am Sonntag stattgefundenen Maskenballes wurde einem jungen Manne aus dem benachbarten Talle ein noch fast neuer Wintermantel gestohlen. Der Mantel ist dunkelbraun, karriert und mit zwei Reihen Knöpfen versehen, in den Innenseiten befinden sich zwei Taschen, auf der einen Tasche ist ein Erkennungszeichen angenäht. Obwohl bereits mehrere Haussuchungen stattgefunden haben, konnte der Dieb noch nicht ermittelt werden.

Hohenhausen, 24. Febr. Nächtliche Ruhestörung. Vor der Gastwirtschaft Böke kam es in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag zu einer wüsten Schlägerei zwischen mehreren Personen, die unter der Einwirkung des zu viel genossenen Alkohols ihren auseinanderplatzenden Meinungen mit der Faust und sonstigen gefährlichen Gegenständen den nötigen Nachdruck verliehen. Die Polizei war bald darauf zur Stelle und trennte die Streitenden. Einige von ihnen mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Hoffentlich bleibt eine exemplarische Strafe für diesen nächtlichen Ruhestörer nicht aus.

Talle, 24. Febr. Gemeindeausschußsitzung. An der letzten Dorfausschußsitzung, an der alle Mitglieder der Dorfvertretung teilnahmen, wurden folgende Angelegenheiten zur Aussprache: Des Ausschusses Beauftragter Wehmeier, das mit der Ausführung und Beaufsichtigung der Wegeausbesserungsarbeiten beauftragt ist, erstattete Bericht über den Stand der Arbeiten. Die Arbeiten wurden vom Dorfausschuß einstimmig genehmigt. — Es lagen ferner eine Reihe gerichtlicher Kaufverträge vor, zu welchen die Ausschußsitzung wegen der Ausübung des Vorkaufsrechtes Stellung zu nehmen hatte. Bei sämtlichen Kaufverträgen, wi. Rieke-Adrian, Tölle-Schaub und Hobera-Stelmann wurde von Seiten der Dorfgemeinde auf die Ausübung des Vorkaufsrechts verzichtet. — Der Termin zur Verpachtung der Talker Gemeindetoad wurde auf Sonnabend, den 8. März 1930, nachmittags 3 Uhr in der Gastwirtschaft zum „Alten Krug" festgesetzt. Die öffentlichen Bekanntmachungen sollen am 1. März d. J. erfolgen. Es wurde ferner bekanntgegeben, daß die Gesamtgröße der Talker Gemeindejagd 180 Hektar beträgt. — Der Beitritt der Gemeinde zur Haftpflichtversicherung wurde einstimmig abgelehnt.

Talle, 24. Febr. Eigentumswechsel. Der im Grundbuch von Talle auf den Namen des Gastwirts Wilhelm Schaub in Talle, Nr. 11, eingetragene Grundbesitz, bestehend aus ca. 6 Hektar Ackerland und der Gastwirtschaft zum „Alten Krug" sowie durch Kauf in den Besitz des Steinbruchbesitzers Friedrich Wesemann in Mündshagen bei Hannover über. Als Kaufpreis werden ca. 31 000 RM. genannt. Der neue Besitzer beabsichtigt, durch vollständige Renovierung der Räume und den Bau eines Saales den Gastwirtschafts- und Pensionsbetrieb modern zu gestalten.

Brüntrup, 25. Febr. Stiftungsfest. Am Sonntag, dem 2. März, feiert der Bandonionklub „Edelweiß" sein 7. Stiftungsfest. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Barenhola, 24. Febr. Gerichtstag. Der nächste Gerichtssprechtag für die Ortschaften Barenhola, Erder, Stemmen, Lanaenholahausen, Kalldorf, Heidelbeck und Tevenhausen findet am Dienstag, dem 4. März 1930, vormittags 9 Uhr beginnend, in der Amtsstube des Schlosses zu Barenhola statt.

Amt Schötmar

Nienhagen, 25. Febr. Vom Schützenverein. Am letzten Sonnabend fand die Generalversammlung des Schützenvereins statt. Der bisherige 1. Vorsitzende Herr G. Niehage wurde zum Ehrenvorsitzenden, der bisherige 2. Vorsitzende Herr G. Beckmann zum ersten und Herr E. Fischer zum 2. Vorsitzenden gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Der Kassierer gab den Jahresbericht bekannt. Nach Prüfung wurde ihm Entlastung erteilt. Das Schützenfest findet am 28. u. 29. Juni statt.

Amt Blomberg

Istrup, 25. Febr. Gründung eines Verkehrsvereins. Einem dringenden Bedürfnis entsprechend, ist hier nunmehr ein „Verkehrsverein" ins Leben gerufen, der dem Lippischen Verkehrsverband angegliedert werden soll. Die idyllische Lage Istrups in unmittelbarer Nähe des weit und breit bekannten „Hurn" hat es mit sich gebracht, daß in den verflossenen Jahren zahlreiche Sommerfrischler nach hier gekommen sind. Diesen Fremdenverkehr noch mehr zu heben, soll die vornehmste Aufgabe des hiesigen Verkehrsvereins sein; außerdem sollen alle Maßnahmen gefördert werden, die zur Entwicklung unseres aufstrebenden Ortes beitragen. Am Mittwoch fand im „Lindenkrug" die erste Versammlung des „Verkehrsvereins Istrup" statt. Eine Anzahl Bewohner Istrups hatte schon vorher durch Namensunterschrift ihren Beitritt zum Verein erklärt. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Vors.: Hermann Arens, 1. Schriftf.: Paul Luhmann, 2. Schriftf. und Pressewart: Gustav Schöning, Wegewart: Fr. Niederkrüger, Kassierer: Heinr. Körber jun., Stellv. Vors.: Fritz Holtmann jun., Stellv. Kassierer: August Geise jun. Mögen auch diejenigen Ortsbewohner, die dem Verein noch fernstehen, ihm beitreten; denn nur dann, wenn der Verein auf breitester Grundlage aufgebaut ist, kann er seine weitgehenden Ziele verwirklichen!

Hummersen, 25. Febr. Ein Autounfall, der leicht schlimmere Folgen hätte nach sich ziehen können, ereignete sich am Sonnabend nachmittag auf der Serpentine zwischen Falkenhagen—Hummersen. Ein Auto aus Posse kam im mäßigen Tempo um die Kurve am Fischeteich, als plötzlich ein Vorderreifen platzte. Der junge Lenker verlor die Gewalt über das Fahrzeug, so daß es ins Schleudern geriet und an einer Baumreihe, nahe am tiefen Wasser, zum Stehen kam. Die beiden Insassen kamen mit dem Schrecken davon, während das Auto mit eingebeultem Kotflügel und schiefer Achse seine Fahrt fortsetzen konnte. — Wäre es nicht an der Zeit, auch diese gefährliche, unübersichtliche und kurvenreiche Strecke dem heutigen Verkehr anzupassen? Schon mancher Radfahrer mußte mit demoliertem Rad seine Rückreise antreten, ohne selbst ernstlichen Schaden zu nehmen; ob aber die schnellerest Verkehrsfahrzeuge immer so glücklich davonkommen, wie das obengenannte Auto, das wird uns die Zeit lehren.

Hummersen, 25. Febr. Vom Gesangverein. Das diesjährige Konzert des hiesigen Gesangvereins soll am nächsten Sonntag 2. März, im Schmidtmayerschen Saale stattfinden. Zum Vortrag kommen diesmal Frühlings- und Volkslieder. Außerdem gelangen noch zwei lustige Stücke zur Aufführung. Wer also einmal wieder den schönen, alten Weisen lauschen und seine Lachmuskel in Bewegung setzen will, der versäume nicht, am Sonntagnachmittag in Hummersen zu erscheinen.

Aus den Nachbargebieten

Bad Oeynhausen, 24. Febr. Schweres Sprengunglück. Der Arbeiter Taake aus Oberbecksen legte gemeinsam mit seinem Sohn einen Brunnen an. Als sich beide etwa 15 m in dem Brunnenschacht befanden, ereignete sich ein schweres Sprengunglück. Ein Sprengschuß explodierte zu früh, wodurch die beiden schwere Kopf- und Armverletzungen davontrugen. Sie konnten von hinzueilenden Nachbarn erst nach angestrengter Arbeit geborgen werden.

Heiter und trocken

Wetteraussichten für den 26. und 27. Februar.

Ausfrischende südliche bis südöstliche Winde; Temperaturen vorüberachend etwas ansteigend; heiter bis wolkig, trocken.

*

Wetterungsübersicht vom 25. Februar 1930.

Der Vorstoß der westeuropäischen südlichen Warmluftströmung bis zur nordskandinavischen Küste führt zum schnellen Abbau des skandinavischen Teils des nordeuropäischen Hochdruckgebietes. Dieses zieht sich nach Rußland zurück; nur ein verhältnismäßig kleiner Ausläufer erstreckt sich nach Südschweden. Auch er wird voraussichtlich bald verschwinden. In eine Folge von Tiefs fernen im hohen Norden einen erneuten kräftigen Kaltluftvorstoß verhindern wird. Ein Steigagebiet an der Westküste Islands scheint nur lokal bedingt zu sein, da ein kleiner Tiefkern zur Zeit über Island liegt. Auch der Biskaya nähert sich eine Zyklone und dürfte, da sie über dem europäischen Festland noch stärkeren Widerstand finden wird, nach dem Mittelmeer abwandern. Bei ihrer Annäherung haben wir mit auffrischenden wieder nach Osten zurückdrehenden Winden zu rechnen; vorher jedoch werden uns bei südlicher Strömung etwas wärmere Luftmassen zugeführt werden. Diese Erwärmung wird aber vermutlich nur vorübergehend geringen Einfluß auf unsere Wetterverhältnisse ausüben.

Handel * Industrie Landwirtschaft

Tendenzbericht der Berliner Effekten-Börse
(Mitgeteilt von der Lippischen Landesbank. Staatliche Kreditanstalt. Detmold.)

Berlin, 25. Febr. Nach einem ruhigen Vormittag erkannte man schon an der Vorbörse, daß zum deutschen Prämienerklärungstage doch noch mehr Ware, als ursprünglich angenommen, herauskommen würde. Die ersten Kurse brachten dann vielfach Abschläge bis zu 2 Prozent. Eine Reihe von Werten wie Salzdetfurth, Licht und Kraft, Elektrische Lieferungen, Siemens, Hamburger Elektrizität, Alu und Reichsbank verloren bis zu 3 Proz. Anleihen behauptet. Ausländer geschäftslos. Pfandbriefe noch unentwickelt. Geldmarkt etwas versteift: Tagesgeld 4½ bis 7 Proz., Monatsgeld 6¾ bis 8¼ Proz., Warenwechsel ca. 5¾ Prozent. Nach den ersten Kursen änderte sich an der lustlosen Stimmung nichts, trotzdem der Reichsbankausweis per 22. Februar eine Entlastung von 122,8 Millionen Reichsmark brachte. Farben, in denen anfangs stärkeres Angebot vorgelegen hatte, konnten sich später auf dem ermäßigten Niveau behaupten. Im weiteren Verlauf der Börse hielt die lustlose Stimmung an. Die Kurse b